

DAS PARLAMENT

Nr. 13 | Berlin, 22. März 2025 | 75. Jahrgang

www.das-parlament.de

Preis 1 € | A 5544



Leipzig im Lesefieber

Norwegen ist Gastland auf der Frühjahrsmesse der deutschen Buchbranche - Sonderbeilage im Innenteil

Finanzpaket beschlossen

Um jeden Preis

Bundestag und Bundesrat machen Weg für Lockerung der Schuldenbremse und Sondervermögen frei

Whatever it takes – mit diesem Satz hatte der wahrscheinliche nächste Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) vor nicht einmal drei Wochen eine bemerkenswerte Kehrtwende in der Haushaltspolitik der Bundesrepublik angekündigt. Die in den vergangenen Jahren gerade von der Union vehement verteidigte Schuldenbremse solle für Verteidigungsausgaben deutlich gelockert werden, ein Sondervermögen 500 Milliarden Euro für Investitionen in die Infrastruktur mobilisieren. Aus der Ankündigung ist inzwischen eine Änderung der Finanzverfassung im Grundgesetz geworden. Nach dem Bundestag am Dienstag stimmte am Freitag auch der Bundesrat dem Gesetzentwurf von SPD und CDU/CSU (20/15096, 20/15117) zu.

Whatever it takes – das galt nicht nur für die Dimension der geplanten Verschuldung – im Raum steht die Summe von einer Billion Euro –, sondern auch für das Verfahren. Union und SPD ließen Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) die Abgeordneten des 20. Deutschen Bundestages zu Sondersitzungen zusammentrommeln, statt die Konstituierung des neu gewählten 21. Bundestages abzuwarten. Die Parteien argumentierten mit der Dringlichkeit angesichts der Weltlage. Zudem: Im 20. Bundestag reichte Union und SPD die Unterstützung der Grünen, im nächsten Bundestag wäre es ohne AfD oder Die Linke nicht gegangen. Die Reformgegner AfD, FDP, Linke und BSW wollten sich damit nicht abfinden und riefen das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe an, um die Sitzungen

zu verhindern. Letztlich erfolglos, Karlsruhe lehnte die Eilanträge klar ab. Auch politisch konnten Union und SPD einen Erfolg verbuchen. Nachdem die Grünen in der ersten Lesung am Donnerstag vorvergänger Woche noch scharfe Kritik an Inhalt und Verfahren geübt hatten, verkündeten die Fraktionsspitzen tags darauf eine Einigung. Noch am Sonntag passierten die Änderungen dann nach viereinhalbstündiger Sitzung den Haushaltsausschuss. Die Grünen konnten einige ihrer zentralen Kritikpunkte durchsetzen (siehe ausführlich Seite 3). Die sogenannte „limitierte Bereichsausnahme“ gilt nun nicht nur für Verteidigungsausgaben, sondern auch für andere sicherheitspolitische Ausgaben. Das Sondervermögen dient nun auch der „Erreichung der Klimaneutralität bis 2045“. Zudem wird klargestellt, dass es sich um zusätzliche Investitionen handeln muss.

Grüne rechnen mit Friedrich Merz und Union ab

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Lars Klingbeil und Unionsfraktionschef Merz dankten in der Debatte für die Unterstützung der Grünen. In „historischen Zeiten“ handle es sich um einen „historischen Kompromiss“ zwischen SPD, Union und Grünen. Damit sei eine Blockade der „demokratischen Mitte“ aufgelöst worden, sagte Klingbeil. Doch die Grünen hatten noch ein Hühnchen zu rupfen. Die Co-Fraktionsvorsitzende Britta Haßelmann griff Merz und die Union scharf an und warf ihnen vor, noch vor Monaten notwendige Reformen blockiert und deren Be-

fürworter diffamiert zu haben. „Es wird dadurch aber nicht falsch“, begründete Haßelmann die Grünen-Zustimmung. Merz bemühte sich seinerseits, Kritik von anderer Seite abzuwehren. Mit der erweiterten Zweckbindung des Sondervermögens – „Erreichung der Klimaneutralität bis 2045“ – werde keineswegs ein neues Staatsziel im Grundgesetz verankert, ohnehin sei der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen bereits seit Jahrzehnten Staatsziel. Merz rechtfertigte auch noch einmal die geplante Milliardenverschuldung, unter anderem sei ein „Paradigmenwechsel in der Verteidigungspolitik“ notwendig. Zudem betonte er, dass gerade wegen der geplanten Neuverschuldung der Konsolidierungsdruck auf die öffentlichen Haushalte erheblich sein werde. Nicht überzeugen konnte er FDP, AfD, Linke und BSW. AfD-Co-Fraktionschef Tino Chrupalla widersprach der sicherheitspolitischen Begründung. Man brauche „keine neuen Feindbilder“ und auch keine „sogenannte Kriegsbereitschaft“. Sören Pellmann, Co-Sprecher der Linken-Gruppe, kritisierte, dass die „gigantische Aufrüstungsverschuldung die Probleme von morgen“ schaffe. Ihren vorerst letzten Auftritt im Plenum hatten FDP und BSW, die dem neuen Bundestag nicht mehr angehören werden. Sahn Wagenknecht, deren BSW knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, forderte den neuen Bundestag auf, „unverzüglich“ den Weg für eine Neuauszahlung frei zu machen. Nach ihrer Rede provozierten die Abgeordneten der Gruppe einen Ordnungsruf von Vizepräsidentin Petra Pau (Linke), weil sie Protestplakate hochhielten.

Staatstragender verabschiedete FDP-Fraktionschef Christian Dürr seine Partei aus dem Bundestag. Neben scharfer Kritik an der aus seiner Sicht „linken Fiskalpolitik“ nutzte er seine Rede, um zu betonen, warum der politische Liberalismus im Parlament gebraucht werde. Dürr hatte in den Tagen zuvor angekündigt, den Vorsitz der bei der Wahl klar gescheiterten Partei anzustreben.

Auch die zwei Länder mit Linken-Beteiligung stimmten mit »Ja«

Mit 512 Ja-Stimmen übertrafen Union, SPD und Grüne im Bundestag das notwendige Quorum von 489 Stimmen relativ deutlich. Aus ihren Fraktionen gab es jeweils nur eine Gegenstimme, einige Abgeordnete nahmen nicht an der Abstimmung teil. Im Bundesrat, in dem die Grundgesetzänderungen einer Zweidrittelmehrheit von 46 der insgesamt 69 Länderstimmen bedurften, stimmten von den 16 Bundesländern nur die vier mit Regierungsbeteiligungen der FDP (Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt) beziehungsweise des BSW (Brandenburg und Thüringen) nicht zu. Die in Bayern mit der CSU koalierenden Freien Wähler hatten schon zum Wochenbeginn ihren Widerstand gegen eine Zustimmung aufgegeben; auch das rot-rot-grün regierte Bremen sowie die SPD-Linken-Koalition in Mecklenburg-Vorpommern kündigten bereits vor der Sitzung an, zuzustimmen. Damit billigte der Bundesrat die Schuldenpakete am Ende mit 53 Ja-Stimmen – sieben mehr als zur Zweidrittelmehrheit erforderlich. Sören Christian Reimer/sto

KOPF DER WOCHE

Optimal und digital

Julia Klöckner soll die nächste Bundestagspräsidentin werden. So jedenfalls will es die CDU/CSU, die als stärkste Fraktion das Vorschlagsrecht für das zweithöchste Staatsamt hat.



Klöckner soll am 25. März in der konstituierenden Sitzung des Bundestages gewählt werden. Die bisherige Bundesschatzmeisterin der CDU wird damit Nachfolgerin von Bärbel Bas (SPD). Sie tritt aber auch in die Fußstapfen ihrer Parteikollegen Rita Süsmuth, Norbert Lammert und Wolfgang Schäuble (alle CDU), die über das Alltagsgeschäft hinaus in den Jahren nach der Wiedervereinigung deutliche Spuren in diesem Amt hinterlassen haben. Dass auch Klöckner nicht nur Sitzungen leiten will, kündigte die ehemalige Landwirtschaftsministerin am Montag an. Sie wolle die Geschäftsordnung des Bundestages „optimieren“ und seine Digitalisierung voranbringen, sagte sie. che

ZAHL DER WOCHE

204

Abgeordnete des 21. Deutschen Bundestages sind Frauen. Ihr Anteil liegt damit nur bei 32,4 Prozent.

ZITAT DER WOCHE

»Wir fordern 50 Prozent!«

Mechthild Heil, Vorsitzende der Unions-Frauen, über die Verteilung der Posten im künftigen Kabinett und in der CDU/CSU-Fraktion.

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG
34123 Kassel

4 194560 401004 6 1312

INTERVIEW

»Das habe ich noch nicht erlebt«

Christian Dürr stand seit Ende 2021 an der Spitze der FDP-Fraktion. Er kritisiert das Verfahren im Bundestag zur Änderung der Schuldenbremse und sorgt sich um die Belastung der kommenden Generationen. Der Liberalismus wird seiner Ansicht nach mehr denn je gebraucht.

Der Bundestag hat noch schnell vor der Konstituierung des neuen Parlaments die Schuldenbremse gelockert und eine Billion Euro Schuldenaufnahme für Armee, Zivilverteidigung und Nachrichtendienste sowie für Infrastruktur ermöglicht. Haben Sie so ein Verfahren schon mal erlebt und was sagen Sie dazu?

Nein, das habe ich noch nicht erlebt. Die Union hat damit nicht nur ihre Wahlversprechen gebrochen, sondern auch ihr neues Grundsatzprogramm über Bord geworfen. Die Schuldenbremse wurde nicht reformiert, sondern faktisch abgeschafft. Es gibt Handlungsbedarf bei der Verteidigungsfähigkeit, keine Frage. Aber Schulden in einem solchen Ausmaß für alles mögliche aufzunehmen, um eine künftige Koalition zusammenzuhalten, halte ich für völlig falsch.

Was bedeutet das für die Finanzarchitektur und für die kommende Generation?

Unsere öffentlichen Finanzen, die wir mit Christian Lindner als Bundesfinanzminister nach der Corona-Pandemie langsam wieder auf solide Beine gestellt hatten, werden dadurch massiv geschwächt. Und natürlich müssen die nächsten Generationen dafür zahlen.

CDU-Chef Friedrich Merz begründet die Maßnahmen mit Putins Angriffskrieg gegen Europa, was einen „Paradigmenwechsel in der Verteidigungspolitik“ notwendig mache. Den Sonderfonds begründet er mit einem über Jahrzehnte aufgelaufenen Erneuerungsbedarf bei der Infrastruktur. Was sagen Sie dazu?

Ich sagte eingangs, dass wir bei der Verteidigung mehr tun müssen. Aber man kann deshalb nicht jedes andere Problem mit Geld zuschütten. Infrastrukturvorhaben scheitern in erster Linie an Bürokratie und langwierigen Genehmigungsverfahren, nicht am Geld. Da hat die Ampelkoalition übrigens einiges verbessert, es hat nur leider nicht ausgereicht. Es dauert Jahrzehnte, bis eine Autobahn fertig gebaut ist. In Niedersachsen hat ein Schiff auf der Ems im Jahr 2015 die Friesenbrücke gerammt, eine zentrale Zugverbindung zwischen Deutschland und den Niederlanden. Die Er-

satzbrücke ist immer noch im Bau. Und das hat nichts mit Geld zu tun.

Was hätten Sie als FDP gemacht, um die Bundeswehr zu stärken?

Wir haben einen Gegenvorschlag ins Parlament eingebracht: Eine dauerhafte Erhöhung der regulären Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent im Haushalt und die Einrichtung eines Verteidigungsfonds für Deutschland in Höhe von 300 Milliarden Euro. Damit hätten wir sichergestellt, dass die Ausgaben an einen Zweck gebunden sind und wirklich der Bundeswehr zugute kommen.

Welche Auswirkungen haben Lockerung der Schuldenbremse und Sondervermögen für Europa und die Währungsunion?

Eine solche Verschuldung wird auch Auswirkungen auf die Stabilität der Eurozone haben, mit Sicherheit. Unsere europäischen Partner haben bereits davor gewarnt. Deutschland galt bislang als Stabilitätsanker.

Gleichzeitig spricht Merz von einem erheblichen Konsolidierungsdruck für die öffentlichen Haushalte. Erwarten Sie, dass von der künftigen Regierung gespart wird?

Das ist doch absurd. Wenn man über eine Billion Euro Schulden noch vor Amtsantritt ermöglicht, hat man keinen Druck zu sparen.

Das Sondierungspapier von Union und SPD wird dort, wo die Probleme am größten sind, wie Kranken- und Pflegeversicherung, ziemlich einsilbig beziehungsweise es macht Rentengarantien, die sehr teuer werden dürften. Erwarten Sie Reformen oder werden alle Probleme mit den jetzt reichlich zu schöpfenden Milliarden aus Kreditmitteln zugedeckt?

Deutschland braucht dringend Reformen, wir brauchen eine echte Staatsmodernisierung. Aber Union und SPD wollen in erster Linie Geld für den Sozialstaat bereitstellen. Daher fehlt mir der Glaube, dass es zu großen Reformen kommt.

Helmut Kohl sagte einst, eine Staatsquote von über 50 Prozent sei Sozialismus. Was bedeuten die Entscheidungen von Union, SPD und



© picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

den Grünen eigentlich für die Staatsquote?

Die Staatsquote wird spürbar ansteigen und das wird unser Land auf Dauer schwächen. Meine größte Sorge ist aber, dass ein schuldenfinanziertes „Weiter so“ dazu führt, dass die Ränder noch stärker werden. Dem wollen wir als FDP in der außerparlamentarischen Opposition etwas entgegensetzen.

Sie haben der angehenden Koalition vorgeworfen, sie binde linke Fiskalpolitik mit bürgerlicher Wirtschaftspolitik zusammen. Können Sie das begründen?

Ich habe gesagt, dass sie diesen Anschein erweckt, aber beides passt

meines Erachtens nicht zusammen. Die Union hat eine bürgerliche Wirtschaftspolitik versprochen: Entlastung, Bürokratieabbau, einen schlankeren Staat, der es Industrie, Unternehmen und Selbstständigen leichter macht. Aber in Wahrheit setzt sie jetzt eben eine linke Wirtschaftspolitik um, indem anstelle echter Reformen und attraktiver Rahmenbedingungen Geld für alles mögliche ins Schaufenster gestellt wird.

Die FDP hat es nicht mehr in den Bundestag zurück geschafft. War das die Quittung dafür, dass die Liberalen in der Ampel-Koalition zu wenig wahrgenommen wurden und eigentlich zu spät rausgegangen sind?

Sicher werden wir diese Zeit aufarbeiten. Wenn eine Koalition zerbricht, ist niemand frei von Schuld, auch die FDP nicht. Es geht aber nicht darum, ob man früher hätte gehen oder länger hätte bleiben sollen. Man muss sich kritisch fragen, ob man das Land mit guten Entscheidungen noch voranbringt und dazu war die Ampel nicht mehr in der Lage.

Für Sie war die Rede am Dienstag die vorerst letzte Rede im Bundestag. Wenn Sie einmal zurückblicken: Wie bewerten Sie die Arbeit des Parlaments?

Zunächst will ich sagen, dass ich voller Demut und Dankbarkeit auf meine Zeit im Bundestag zurückblicke. Ich bin seit über 20 Jahren Parlamentarier, davon sieben Jahre im Bundestag. Etwas bewegen zu können und immer wieder um die beste Lösung ringen zu dürfen, ist ein großes Privileg. Gerade in den letzten Jahren hat der Deutsche Bundestag bewiesen, dass er Regierungsarbeit nicht durchwinkt, sondern lebhaft diskutiert und Kompromisse verbessert. Die parlamentarische Demokratie ist eine der größten Errungenschaften unseres Landes.

Der Liberalismus ist eine der großen politischen Bewegungen Deutschland. Ist das jetzt vorbei und die FDP Geschichte?

Im Gegenteil. Zurzeit bewegt sich die deutsche politische Landschaft zwischen zwei Extremen: Die einen lehnen den Staat ab. Sie machen seine Institutionen lächerlich und säen Misstrauen. Die anderen ketten sich an den Staat und überfordern ihn so sehr, dass er seine Kernaufgaben vernachlässigt, innere und äußere Sicherheit etwa. Es muss eine Partei der Mitte geben, die an die Kraft des Einzelnen glaubt und auf einen Staat setzt, der seine Kernaufgaben erfüllt. Das kann nur die FDP leisten. Der Liberalismus wird mehr denn je gebraucht.

Das Interview führte Hans-Jürgen Leersch. ■

Christian Dürr ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 2021 bis 2025 Vorsitzender der FDP-Fraktion gewesen.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Gelassene: Achim Post

Mit 66 Jahren fängt das Leben laut Udo Jürgens erst an, und so begann Achim Posts Ausstieg aus der Berufspolitik im vergangenen Jahr bei einer Alpenwanderung. „Meine Frau sagte damals in den Bergen: „Achim, ich glaube, es reicht jetzt.“ Post, seit 2013 SPD-Abgeordneter im Bundestag, verstand es mehr als eine Feststellung denn als Bitte. Und so kündigte der Ostwestfale den Mitgliedern im Wahlkreis in einem Brief seinen Rückzug an. Eigentlich ist er, der im Mai 66 wird, nicht nur seit 2017 stellvertretender Vorsitzender der Fraktion und seit 2023 Co-Landesvorsitzender der SPD in NRW, sondern auch stellvertretender Bundesvorsitzender. „Es macht mir alles viel Spaß“. Fühlt er sich etwa müde, ausgebrannt? „Im Gegenteil, es geht mir so gut wie nie“, sagt er und steckt die linke Hand in die Hosentasche. Die rechte ruht lässig auf einer Stuhllehne. Und in diesem Moment sieht er nicht aus wie einer, der seit 40 Jahren in der Politik ist. Und dennoch hat er seinen Hausausweis für ehemalige Bundestagsabgeordnete abgeholt, die Bücher verstaut und nur noch mehrere kniehohhe Papierstapel auf seinem Schreibtisch. Alle Mitarbeiter haben einen neuen Job gefunden. Es sind die letzten Tage in seinem Büro. Trotzdem ist einiges los, ein Mitarbeiter klopft und sagt: „Kannst du bitte eben kommen, wegen Finanzen?“ Post gehörte zum Sondierungsteam seiner Fraktion in den Gesprächen mit CDU und CSU. Der Haushalter wird nun quasi stündlich kontaktiert, wenn es in den Koalitionsverhandlungen zwick. Posts Abschied mag wohlüberlegt und nicht kurzfristig sein. Aber windig ist es schon.

Die Parteiämter auf Landes- und Bundesebene laufen weiter. „Die Kartoffeln werden nacheinander gegessen.“ Nun stemmte die SPD gerade gemeinsam mit der Union massive Verschuldungen für Verteidigung und Infrastruktur durch den noch alten Bundestag. „Das ist für mich ein Ab-



Die Gespräche sind ernsthafter als bei früheren Sondierungen - die Lage ist ja auch ernst.



© Susie Knoll/SPD-Fraktion

schluss, der nur mit dem Marschallplan vergleichbar ist.“ Nur – der wurde monatelang breit diskutiert und nicht von einem scheidenden Kongress verabschiedet. „Das Geld ist absolut notwendig“, sagt Post, „und die neue Koalition soll nicht so anfangen, wie die alte endete“. Die Sondierungsgespräche habe er als konstruktiv und lösungsorientiert wahrgenommen. „Und zwar ernsthafter als bei früheren Sondierungen mit der Union – die politische Lage in Deutschland, Europa und der Welt ist ja auch ernst.“

Post kennt die Politik aus dem Maschinenraum, viele Jahre arbeitete er in der zweiten Reihe, hielt Fäden und Läden zusammen. Nach einem Soziologiestudium arbeitete er seit 1986 für verschiedene SPD-Bundestagsabgeordnete, war in den Neunzigern Referent, Büroleiter und Geschäftsführer der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament. In den Nullerjahren war er Vize-Bundesgeschäftsführer der Partei und zwischen 2012 und 2023 Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE). Zwischenzeitlich zog er in den Bundestag ein. Was reizte ihn an diesen Aufgaben? „Ich sah, wie viel man hinkriegen und gestalten kann“, sagt er. Post erzählt, wie anfangs Politik ohne Handy und Computer gemacht wurde. „Wir regelten viel mehr im persönlichen Gespräch als heute.“ Am meisten geprägt habe ihn Hans-Jürgen Wischniewski, der langjährige Abgeordnete, Minister und Staatsminister, für den er arbeitete. „Wenn er einen mochte, hatte man Narrenfreiheit.“ Den Grundimpuls zum politischen Engagement aber gaben ihm die Eltern – der Vater Werkzeugmacher und Mitglied der IG Metall, die Mutter Schuhverkäuferin und beide in der SPD. Der aus Ostpreußen geflüchtete Papa habe viel von Willy Brandt und dessen Friedenspolitik gehalten. Das berühmte Plakat des früheren Kanzlers mit einer Mandoline hängt bei Post im Büro, links gegenüber ein Foto von Dortmund-Fußballfans im Stadion: ein Meer aus Schwarz-Gelb. „Noch heute sagt mir meine Mutter, wenn ich zu Veranstaltungen fahre: ‚Zieh dich ordentlich an und stell dich ordentlich vor.‘“ Seine schwarzen Schuhe glänzen.

Jan Rübél ■



Sanierung der Riedbahn: Mit einem 500-Milliarden-Euro Sondervermögen wollen Union, SPD und Grüne nicht nur Investitionen in Schienwege, sondern auch beispielsweise in Energienetze, Klimaschutz, Schulen und Krankenhäuser ermöglichen.

© picture alliance / Ulrich Baumgarten

Deutlich höhere Schulden möglich

Die Bremse ist gelöst

Bereichsausnahme, Verschuldungsspielraum und Sondervermögen – das ändert sich in der Finanzverfassung des Grundgesetzes

Die von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Änderungen stellen die weitreichendsten Eingriffe in die Finanzverfassung seit Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2009 dar. Neben einem Sondervermögen für Investitionen und Infrastruktur in Höhe von 500 Milliarden Euro, das sich in seiner Ausgestaltung an dem 100 Milliarden Euro umfassenden Sondervermögen für die Bundeswehr orientiert, wird die Schuldenbremse für Bund und Länder deutlich gelockert. Die Details des beschlossenen Entwurfs:

Bereichsausnahme für Verteidigung und Sicherheit

Im Grundgesetz wird in den Artikeln 100 und 115 eine so genannte begrenzte Bereichsausnahme für Verteidigungsausgaben und bestimmte sicherheitspolitische Verteidigungsausgaben verankert. Alle Ausgaben, die ein Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts übersteigen, sind künftig von der Schuldenbremse ausgenommen. Die Einzelheiten zur Umsetzung der Neuregelung soll der nächste Bundestag einfachgesetzlich regeln. Die Schuldenbremse des Grundgesetzes schreibt bislang vor, dass Ausgaben und Einnahmen in den Haushalten von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Kredite auszugleichen sind. Zum Ausgleich darf der Bund aber in normalen Zeiten grundsätzlich bis zu 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts als Neuverschuldung aufnehmen; läuft die Konjunktur schlecht, steigt die erlaubte Kreditaufnahme, läuft sie gut, sinkt sie.

Durch die „limitierte Bereichsausnahme“ werden künftig Ausgaben für Verteidigung und bestimmte sicherheitspolitische Ausgaben, die ein Prozent des BIP übersteigen, bei der Be-

rechnung der zulässigen Kreditaufnahme nicht mehr berücksichtigt. Sie können also ohne weitere Beschränkung schuldenfinanziert werden. Dies gilt nach dem beschlossenen Entwurf zum einen für die im Einzelplan 14 veranschlagten Verteidigungsausgaben. Hinzu kommen – das war die Forderung der Grünen – die Ausgaben für die Nachrichtendienste, die Ausgaben für den Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie den Schutz informationstechnischer Systeme, die im Einzelplan des Bundesinnenministeriums veranschlagt sind, sowie „die im Einzelplan 60 veranschlagten Aufgaben zur Ertüchtigungshilfe für völkerrechtswidrig angegriffene Staaten“, also aktuell die Unterstützung für die Ukraine.

Legt man die Zahlen des Haushalts 2024 (Soll) zugrunde, erhält man eine ungefähre Vorstellung von den zusätzlich gewonnenen Spielräumen. Ein Prozent des BIP entspricht rund 43 Milliarden Euro. Allein der Einzelplan 14, der Verteidigungshaushalt, war seinerzeit mit rund 52 Milliarden Euro veranschlagt. Laut Bundesverteidigungsministerium flossen im selben Jahr rund 7,1 Milliarden Euro als Ertüchtigungshilfe in die Ukraine, die Ausgaben für Verfassungsschutz, Bundesnachrichtendienst und Militärischen Abschirmdienst beliefen sich auf rund 1,8 Milliarden Euro. Nicht direkt ablesbar sind die Ausgaben für den Zivil- und Bevölkerungsschutz sowie den Schutz informationstechnischer Systeme, auf die sich der Entwurf bezieht. Deutlich wird aber: Die neu geschaffenen Spielräume sind erheblich.

Die Neuregelung hat auch – wie von SPD und Union gewünscht – erhebliche Auswirkungen auf die Erreichung des Nato-Ziels für Verteidigungsausgaben von derzeit zwei Prozent des BIP. Derzeit erreicht Deutschland das Ziel, weil auch Milliarden aus dem Sondervermögen Bundeswehr flie-

ßen. Dessen Mittel, die außerhalb der Schuldenbremse finanziert werden, laufen aber voraussichtlich 2027 aus. Ab voraussichtlich 2028, so hatte es die Bundesregierung in ihrer jüngsten Finanzplanung dargelegt, müsste das Nato-Ziel vollständig aus dem Kernhaushalt finanziert werden. Rund 30 Milliarden Euro müssten dafür aufgebracht werden, rechnete die Bundesregierung vor. Dieser unmittelbare „Handlungsbedarf“ dürfte mit der Neuregelung vorerst vom Tisch sein.

Erhebliche Änderung im Sondervermögen

Bei dem geplanten Sondervermögen, das in Artikel 143h des Grundgesetzes verankert werden soll, haben sich auf Druck der Grünen wesentliche Änderungen ergeben. Wie ursprünglich vorgesehen, soll das Sondervermögen ein Volumen von 500 Milliarden Euro haben, die Kredite sollen außerhalb der Schuldenbremse aufgenommen werden. Als Laufzeit sind nun zwölf statt zehn Jahre vorgesehen. Neu gefasst wurde die Zweckbindung. Hieß es im ursprünglichen Entwurf noch, die Mittel sollten für „Investitionen in die Infrastruktur“ verwendet werden, heißt es nun, die Mittel seien „für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045“.

Damit haben die Grünen zwei ihrer Hauptkritikpunkte durchgesetzt. Zum einen soll ein Zusätzlichkeitskriterium im Grundgesetz verankert werden. „Zusätzlichkeit liegt vor, wenn im jeweiligen Haushaltsjahr eine angemessene Investitionsquote im Bundeshaushalt erreicht wird“, soll es dazu im Grundgesetz heißen. In der Begründung zum Änderungsantrag heißt es, dies sei „dann der Fall, wenn der im jeweiligen Haus-

haltsjahr insgesamt veranschlagte Anteil an Investitionen 10 vom Hundert der Ausgaben im Bundeshaushalt ohne Sondervermögen und finanzielle Transaktionen übersteigt“. Zum anderen wird der Klimaschutz stärker berücksichtigt. Dass es im Grundgesetz nun allerdings „zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045“ heißt, hatte in den vergangenen Tagen für einige Diskussionen gesorgt. Kritiker befürchten, dass es den Grünen damit gelungen sei, ein implizites Staatsziel in der Finanzverfassung des Grundgesetzes unterzubringen – mit womöglich von Union und SPD ungewollten Folgen.

Konkret bedeutet die Einigung der Parteien, dass ein Fünftel des Sondervermögens, also 100 Milliarden Euro, in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) fließen soll. Der Klima- und Transformationsfonds, ein seit Jahren bestehendes Sondervermögen des Bundes, war in den vergangenen Jahren erheblich unter Druck geraten, nachdem das Bundesverfassungsgericht Ende 2023 den zweiten Nachtragshaushalt 2021 für nichtig erklärt hatte. Damit gingen Kreditermächtigungen in Höhe von 60 Milliarden Euro verloren, die mit dem Nachtragshaushalt auf den KTF übertragen worden waren.

Neben Investitionen in den Klimaschutz sollen die Mittel in die Verkehrs- und Energieinfrastruktur, in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, aber auch in Krankenhausinvestitionen fließen, wie es in der ursprünglichen Gesetzesbegründung von SPD und Union heißt. Die Details soll der nächste Bundestag einfachgesetzlich regeln. 100 Milliarden Euro aus dem Sondervermögen sollen den Ländern für Investitionen zur Verfügung gestellt werden, das Kriterium der Zusätzlichkeit gilt hier nicht unmittelbar. Weitere Details sollen ebenfalls einfachgesetzlich geregelt werden.

Verschuldungsspielraum der Länder

Auch die Regelungen zum Verschuldungsspielraum der Länder müssen vom nächsten Bundestag noch einfachgesetzlich ausgestaltet werden. Anders als der Bund dürfen sie bisher im Normalfall keine neuen Kredite zum Haushaltsausgleich aufnehmen. Künftig soll in Artikel 109 des Grundgesetzes festgeschrieben werden, dass auch die Ländergesamtheit über einen Verschuldungsspielraum von bis zu 0,35 Prozent des BIP verfügt. Die genaue Verteilung auf die einzelnen Länder muss noch geregelt werden. Mit der Neuregelung im Grundgesetz wird auch normiert, dass landesrechtliche Regelungen, etwa in den Landesverfassungen oder in den Haushaltsordnungen, die hinter dieser neuen Kreditobergrenze zurückbleiben, außer Kraft treten.

Die weitere Reform der Schuldenbremse

Union und SPD haben sich in ihren Sondierungsgesprächen auch auf eine weitergehende Reform der Schuldenbremse verständigt. Danach soll eine Expertenkommission einen Vorschlag für eine Modernisierung der Schuldenbremse erarbeiten, „die dauerhaft zusätzliche Investitionen zur Stärkung unseres Landes ermöglicht“. Das Gesetzgebungsverfahren soll noch 2025 abgeschlossen werden.

Politisch dürfte das schwierig werden. Im 21. Deutschen Bundestag, der sich am 25. März konstituiert, wären Union und SPD für eine Grundgesetzänderung nicht nur auf die Stimmen der Grünen angewiesen, sondern auch auf die der AfD oder der Linken. Eine Zusammenarbeit mit der AfD gilt für alle anderen Parteien als ausgeschlossen. Eine Zusammenarbeit mit der Linken war für die Union bisher ein rotes Tuch. scr |

Unterstützung der Ukraine

Europa investiert lieber zu Hause

Der Bundestag will Ukraine-Hilfen freigeben, doch die EU-Staaten bleiben vage bei ihren Zusagen. Sie setzen stattdessen auf eigene Aufrüstung

Kaum ist die Grundgesetzänderung zur Reform der Schuldenbremse beschlossen, dürfte auch der Weg für neue Ukraine-Hilfen frei sein. In seiner letzten Ausschusssitzung vor der Konstituierung des neuen Bundestages beriet der Haushaltsausschuss am Freitagnachmittag eine sogenannte überplanmäßige Ausgabe in Höhe von drei Milliarden Euro für neue Rüstungsgüter sowie sogenannte Verpflichtungsermächtigungen von mehr als acht Milliarden Euro für die Jahre 2026 bis 2029. Mit ihnen sollen langfristige Rüstungsaufträge abgesichert werden.

Da es sich um Ausgaben handelt, die über die im Bundeshaushalt genehmigten Mittel hinausgehen, musste einem entsprechenden Antrag des Bundesverteidigungsministeriums laut Grundgesetz auch das Finanzministerium zustimmen. Das darf eine Genehmigung nur in „unvorhergesehenen und unabsehbaren“ Fällen erteilen. Diese Bedingung sah das Ressort als erfüllt an. In seiner Vorlage an den Haushaltsausschuss schreibt das Finanzministerium laut der Nachrichtenagentur AFP, dass wegen einer „sich kontinuierlich verschlechternden militärischen Lage in der Ukraine die schwerwiegende Gefahr (besteht), dass die Ukraine ohne eine deutlich gesteigerte materielle Unterstützung in ihrem Verteidigungskampf unterliegt“.

Finanzierung des Hilfspakets ging langer Streit voraus

Über die Finanzierung der Militärhilfen hatten sich SPD, Union, Grüne und FDP zuvor lange gestritten. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), obwohl Befürworter, wollte dafür keinesfalls andere Ausgaben kürzen, sondern eine Ausnahmeregelung der Schuldenbremse nutzen. Die anderen Parteien wollten die Waffenlieferungen über das Mittel der überplanmäßigen Ausgabe finanzieren. Wegen der Grundgesetzänderung zur Schuldenbremse (siehe Seiten 1 bis 3) gab Scholz nun seine Blockade auf. Denn jetzt können die Militärhilfen auch über Kredite finanziert werden, ohne dass an anderer Stelle im Haushalt Geld eingespart werden müsste. Gespräche über künftige Hilfen für die Ukraine hatte die Bundesregierung bereits in den vergangenen Tagen geführt. Am Montag traf sich der noch amtierende Chef des Bundes-



Ein deutscher Gepard-Flugabwehrkanonenpanzer in seiner Stellung östlich von Odessa. 60 Stück hat die Bundesregierung seit Ausbruch des Krieges an die Ukraine geliefert, damit sie feindliche Drohnen, Flugzeuge und Hubschrauber abwehren kann.

© picture-alliance/dpa/Kay Nietfeld

kanzleramts, Wolfgang Schmidt, in Kiew mit dem Leiter der ukrainischen Präsidialverwaltung, Andrij Jermak. Dem ukrainischen Online-Medium Kyiv Independent zufolge soll die Ukraine jüngst auch wieder Waffen von der Bundesregierung erhalten haben, darunter drei Gepard-Flugabwehrsysteme mit 10.000 Schuss Munition und 24 Minenschutzfahrzeuge. Im Zuge des neuen Milliardenpakets soll es noch in diesem Jahr weitere Lieferungen geben. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums nannte das Luftverteidigungssystem Iris-T, Lenkflugkörper, Überwachungsradare, Drohnen, Gefechtsfahrzeuge und Handwaffen.

Insgesamt belaufen sich die deutschen Militärhilfen seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine laut Bundesregierung auf mehr als 28 Milliarden Euro (siehe Kasten). Insbesondere die Stärkung der Luftverteidigung ist für die Ukraine von Bedeutung. Nachdem die USA ihre Waffenlieferungen zwischenzeitlich eingestellt hatten, war die Sorge groß, dass den Truppen die Raketen für die leistungsfähigen „Patriot“-Abwehrsysteme ausgehen; sie werden bislang nur von den USA produziert. Der temporäre Rückzug der Amerikaner hatte schmerzhaft Konsequenzen für die ukrainische Armee. Laut einem Bericht des US-amerikanischen „Time Magazine“ erlitt sie in dieser Zeit herbe Gebietsverluste, Hunderte Soldaten wurden getötet oder gefangen genommen.

Trump will neue Systeme zur Flugabwehr liefern

Umso erleichterter dürfte die Führung in Kiew gewesen sein, als Trump erneut eine seiner überraschenden Kehrtwenden vollzog und der Ukraine am Mittwoch neue Flugabwehrsysteme in Aussicht stellte. In einem Telefonat mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj habe Trump diesen im Gegenzug auch nicht zu weiteren Zugeständnissen gegenüber Russland gedrängt. „Heute habe ich keinen Druck verspürt“, sagte Selenskyj hinterher in einer Online-Presskonferenz. Trump hat sich damit gegen eine zentrale Forderung des russischen Staatschefs Wladimir Putin gestellt. Der hatte nach eigener Aussage in dem rund zweistündigen Telefonat, das die beiden Staatsmänner am Dienstag miteinander führten, gefordert, dass der Westen keine weiteren Waffen und Geheimdienstinformationen an die Ukraine liefern dürfe,

wenn es einen dauerhaften Frieden geben solle. Trump hingegen sagte hinterher, man habe gar nicht über die Hilfen gesprochen. Insgesamt hat das von Trump wie gewohnt vollmundig angekündigte Telefonat die Ukraine einer 30-tägigen und vollständigen Waffenruhe kaum näher gebracht. Schon unmittelbar nach der Vereinbarung, dass beide Seiten für 30 Tage Angriffe auf die Energieanlagen des Gegners stoppen sollen, warfen sich die Ukraine und Russland gegenseitig Attacken auf Infrastruktur-Einrichtungen vor.

Die Verhandlungen über eine Feuerpause sollen nun, US-Angaben zufolge, Ende der Woche in Saudi-Arabien fortgesetzt werden.

Dass es dabei zu einer schnellen Einigung kommen wird, ist mindestens ungewiss. Denn der Kreml hält an seinen strikten Bedingungen fest: Stopp der Mobilisierung der ukrainischen Bevölkerung, Verbot einer späteren Wiederbewaffnung, Ende der Militärhilfen, „effektive Kontrolle“ des Waffenstillstands entlang der Kontaktlinie.

In der Konsequenz müsste die Ukraine ihre gut ausgebauten Stellungen verlassen und wäre quasi entmilitarisiert – und einer neuerlichen Invasion schutzlos ausgeliefert.

EU kann sich nicht auf konkrete Zusagen zu Ukraine-Hilfe einigen

Bitter für die Ukraine fallen vor diesem Hintergrund die Ergebnisse des jüngsten EU-Gipfels aus. Ein von Selenskyj und der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas gefordertes Militärpaket in Höhe von „mindestens fünf Milliarden Euro“ scheiterte am Donnerstag am Widerstand einiger hochverschuldeter EU-Staaten in Südeuropa und des moskautreuen Ungarn. Im Beschluss sagen 26 Staats- und Regierungschefs ohne Ungarn der Ukraine zwar weiter Unterstützung zu, legen sich jedoch nicht auf konkrete Zahlen fest.

Auch eine Aussage darüber, welche Rolle die EU bei den Friedensverhandlungen spielen will, findet sich in dem Dokument nicht. Stattdessen setzt Europa auf die eigene Aufrüstung: Beschlossen wurde ein Investitionsplan von bis zu 800 Milliarden Euro für Verteidigung. *Johanna Metz*

DEUTSCHE UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE UKRAINE

> **Lieferungen** Deutschland unterstützt die Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskrieges am 24. Februar 2022 mit Ausrüstungs- und Waffenlieferungen – aus Beständen der Bundeswehr und durch Lieferungen der Industrie, die aus Mitteln der Ertüchtigungshilfe der Bundesregierung finanziert werden.

> **Kosten** Nach Angaben der Bundesregierung (Stand 17. März) hat sie seither insgesamt Militärhilfen in Höhe von etwa 28 Milliarden Euro zur Verfügung beziehungsweise für die kommenden Jahre bereitgestellt.

> **Soldatenausbildung** Außerdem sind in Deutschland mehr als 10.000 ukrainische Soldatinnen und Soldaten militärisch ausgebildet worden. Die Kosten für diese Ausbildung belaufen sich bisher auf etwa 282 Millionen Euro.

PERSONALIA

Gabi Weber
Bundestagsabgeordnete von 2013 bis 2021
SPD

Gabi Weber wird am 24. März 70 Jahre alt. Die Angestellte aus Wirges/Westerwaldkreis, SPD-Mitglied seit 1972, engagierte sich seit 1969 in Reihen der IG Chemie-Papier-Keramik und war seit 1980 hauptamtliche Gewerkschaftsmitarbeiterin, zuletzt, von 2001 bis 2015, als Vorsitzende des DGB Region Koblenz. Seit 1998 ist sie zudem kommunalpolitisch aktiv und gehört seit 2009 dem Stadtrat in Wirges an. Im Bundestag betätigte sich Weber im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dessen stellvertretenden Vorsitz sie von 2016 bis 2018 inne hatte, sowie im Verteidigungsausschuss.

Roland Kohn
Bundestagsabgeordneter von 1983 bis 1998
FDP

Roland Kohn wird am 25. März 75 Jahre alt. Der Publizist aus Bonn trat 1969 der FDP bei, war von 1980 bis 1991 Vorsitzender des Bezirksverbands Unterer Neckar und stand von 1991 bis 1995 an der Spitze der baden-württembergischen FDP. Von 1992 bis 1995 gehörte er dem Bundesvorstand seiner Partei an. Kohn wirkte unter anderem im Forschungs- sowie im Verkehrsausschuss mit. Der bahnpolitische Sprecher seiner Fraktion wurde 1993 in den Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG gewählt.

Franz-Josef Berners
Bundestagsabgeordneter 1986/87
CDU

Am 27. März vollendet Franz-Josef Berners sein 80. Lebensjahr. Der Diplom-Kaufmann aus Leverkusen, CDU-Mitglied seit 1970, ge-

70 JAHRE hörte von 1975 bis 1990 dem dortigen Stadtrat an. Im Bundestag war Berners, der im Januar 1986 für die gestorbene Abgeordnete Helga Wex nachrückte, Mitglied des Rechtsausschusses.

Heidmarie Dann
Bundestagsabgeordnete von 1985 bis 1987
Die Grünen

Heidmarie Dann wird am 27. März 75 Jahre alt. Die Diplom-Pädagogin aus Hannover, früh außerparlamentarisch engagiert, war bereits im April 1984 als Fraktionsgeschäftsführerin in den ersten rein weiblichen Vorstand der Bundestagsfraktion der Grünen gewählt worden. Als Abgeordnete gehörte sie dem Ausschuss für das Post- und Fernmeldewesen an.

Hans-Jürgen Misselwitz
Bundestagsabgeordneter 1990
SPD

Hans-Jürgen Misselwitz begeht am 29. März seinen 75. Geburtstag. Der promovierte Biologe und spätere evangelische Pfarrer aus Berlin gehörte 1989 zum Gründerkreis der SPD/SPD der DDR. 1990 zog er in die erste frei gewählte Volkskammer ein und amtierte zugleich als Parlamentarischer Staatssekretär im Außenministerium. Von 1991 bis 1999 war Misselwitz Leiter der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung.

Marga Elser
Bundestagsabgeordnete von 1998 bis 2005
SPD

Am 30. März wird Marga Elser 80 Jahre alt. Die Betriebswirtin aus Lorch/Ostalbkreis schloss sich 1972 der SPD an und stand von

75 JAHRE

1988 bis 2001 an der Spitze des Kreisvorstands Ostalb. Von 1980 bis 1998 war sie Gemeinderätin und von 1990 bis 1998 Kreistagsabgeordnete. Im Bundestag arbeitete Elser unter anderem im Gesundheits- sowie im Innenausschuss mit.

Wilhelm von Gottberg
Bundestagsabgeordneter von 2017 bis 2021
AfD

Wilhelm von Gottberg begeht am 30. März seinen 85. Geburtstag. Der Fachoberlehrer aus Schnega/Kreis Lüchow-Dannenberg, von 1971 bis 2011 CDU-Mitglied, trat 2013 der AfD bei. Seit 1986 ist er kommunalpolitisch tätig, aktuell als Kreistagsabgeordneter. Von Gottberg gehörte im Bundestag dem Landwirtschaftsausschuss an. Von 1992 bis 2010 war er Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Ostpreußen.

Erwin Marschewski
Bundestagsabgeordneter von 1983 bis 2005
CDU

Am 31. März begeht Erwin Marschewski seinen 85. Geburtstag. Der Städtische Oberrechtsrat aus Recklinghausen schloss sich 1965 der CDU an, war stellvertretender Bezirksvorsitzender im Ruhrgebiet und Mitglied im CDU-Präsidium Nordrhein-Westfalen. Von 1969 bis 1999 gehörte er dem Stadtrat Recklinghausens und von 1975 bis 1983 der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe an. Marschewski, langjähriger innenpolitischer Sprecher seiner Bundestagsfraktion von 1991 bis 2002, engagierte sich zumeist im Innen- sowie im Rechtsausschuss. *Bernd Haunfelder*

80 JAHRE

85 JAHRE

85 JAHRE

GASTKOMMENTARE: KANN DEUTSCHLAND SICH DAS LEISTEN?

Das muss es sich leisten

PRO

Der Bundestag hat das größte Schuldenpaket in der deutschen Geschichte verabschiedet. Die Pessimisten im Land sehen schon wieder den Untergang des Abendlands voraus. Wahrscheinlich ist das eine deutsche Krankheit. Denn das Gegenteil ist richtig. Deutschland kann sich nicht nur das XXL-Schuldenpaket leisten, es muss es sich sogar leisten. Das Bedrohungsszenario durch Wladimir Putin und Donald Trump lässt uns keine andere Wahl, als die Bundeswehr aufzurüsten. Das trägt gleichzeitig zur Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeit bei. Die Forderungen nach Reformen beim Bürokratieabbau und den sozialen Sicherungssystemen sind alle richtig, aber das Infrastrukturprogramm ist es auch. Ein ökonomisch starkes Deutschland ist die Voraussetzung für eine geopolitische Behauptung Europas. Wir drohen sonst zwischen den Hightech-Gorillas USA und China zermahlen zu werden. Das renommierte britische Wirtschaftsmagazin „Economist“ schrieb von einem furiosen Start von Friedrich Merz. Die internationale Ratingagentur Standard & Poor's hat uns mit Blick auf das Finanzpaket die beste Kreditwürdigkeit bescheinigt. Welcher Investor sollte auch sein Geld in Deutschland



Thomas Sigmund © Handelsblatt

anlegen, wenn wir nicht mal selbst in uns investieren? Es liegen Billionen von Dollar an privatem Kapital weltweit bereit, um in Europa investiert zu werden. Das jetzt beschlossene Schuldenpaket hat den Umfang vom Aufbau Ost. Auch damals hatte es viele Stimmen gegeben, die vor einem Crash gewarnt haben. Im Rückblick kann die junge Generation heute diese Zweifel nicht verstehen. Die Investition in den neuen Bundesländern sind unterm Strich die größte Erfolgsgeschichte des Landes. Wenn wir es jetzt richtig anstellen, kann sich die Geschichte ausnahmsweise wiederholen.

Die Autorin ist Leiter des »Handelsblatt«-Meinungsressorts.

Die fatale Finanzwende

CONTRA

Deutschland verschrottet die Schuldenbremse. Um seinen Weg ins Kanzleramt zu sichern, hat CDU-Chef Friedrich Merz dem Wunsch-Koalitionspartner SPD sowie den Grünen weitreichende Zugeständnisse gemacht. Nicht nur die Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur werden massiv ausgeweitet. Der Kreditrahmen wird so stark gedehnt, dass auch für sozialpolitische und grüne Vorhaben viel gepumptes Geld fließen wird. Die Aufgabe der finanziellen Solidität bedeutet nichts anderes, als dass die Interessen der jungen Generation mit Füßen getreten werden. Zwar ist es unumgänglich, dass Deutschland seine militärischen Ausgaben in die Höhe fährt und dafür auch neue Schulden macht. Der Rückzug der US-Amerikaner aus Europa erfordert eine schnelle Aufrüstung. Doch dafür wäre eine Aufstockung des bestehenden Sondervermögens Bundeswehr um 200 Milliarden Euro ausreichend gewesen. Denn mittel- und langfristig müssen auch die Verteidigungsausgaben aus dem regulären Bundeshaushalt finanziert werden. Das Gleiche gilt für die Infrastruktur, die ebenso wie die Bildung schließlich zu den Kernaufgaben des Staates gehört. Doch die Mega-Verschuldung, die Merz jetzt vorbereitet, erlaubt SPD und CSU, ihre zukunftsblinde Rentenpoli-



Dorothea Siems © Privat

tik weiterzutreiben. Außerdem konnten die Grünen durchsetzen, dass die teure und ineffiziente Subvention der Energiewende fortgesetzt wird, anstatt diese marktwirtschaftlicher auszurichten. Die von Merz versprochene Wirtschaftswende scheint schon vor seiner Wahl abgesagt zu sein. Stattdessen erfolgt eine historische Finanzwende, die nur ein konjunkturelles Strohfeuer bringt, aber danach die Kassenlage mit einem explodierenden Schuldendienst noch schwieriger macht. Damit droht Deutschland der weitere Abstieg. Es sei denn, in den Koalitionsverhandlungen werden doch noch Reformen und Einsparungen vereinbart.

Die Autorin ist Chefökonomin bei »Die Welt« und »Welt am Sonntag«

DAS PARLAMENT

Herausgeber: Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 x
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Leserservice/Abonnement:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 32, Telefax (089) 8 58 53-6 28 32
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anschrift der Redaktion (außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 227-3 05 15, Telefax (0 30) 227-3 65 24

Internet: http://www.das-parlament.de
E-Mail: redaktion@das-parlament.de

Chefredakteur: Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.
Stellvertretender Chefredakteur:
Alexander Heinrich (ah)

Redaktion: Dr. Stephan Balling (bal), Lisa Brüßler (lbr), Carolin Hasse (cha) (Volontärin), Claudia Heine (che), Nina Jeglinski (nki), Claus Peter Kosfeld (pk), Johanna Metz (joh), Sören Christian Reimer (scr) CvD, Sandra Schmid (sas), Michael Schmidt (mis), Denise Schwarz (des), Helmut Stoltenberg (sto), Alexander Weinlein (aw)

Fotos: Stephan Roters

Redaktionsschluss: 21. März 2025

Layout: DIGITALE KREATIV AGENTUR, Thorsten Messing, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Druck: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG
Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition:
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363, 82034 Deisenhofen
Telefon (089) 8 58 53-8 36, Telefax (089) 8 58 53-6 28 36
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Abonnement:
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten). Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.

LESERPOST

Zur Ausgabe 12 vom 15.3.2025, „Die Ergebnisse nach Ländern und Wahlkreisen“ auf Seite 20:
Erst jetzt komme ich dazu, in Ihrem Heft die detaillierten Ergebnisse der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 zu studieren, die ich sehr aufschlussreich fand! Danke Ihrer Redaktion für die gute Übersicht über die Ergebnisse nach Wahlkreisen und Bundesländern.

Stefan Hilsse,
Wiesbaden

Zur Ausgabe 12 vom 15.3.2025, „Poker bis kurz vor Schluss“ auf Seite 1:
Nach aberkanntem Vertrauen und hitziger Neuwahl legitimiert nun

eine unverhoffte XXL-Koalition aus der 20. Legislatur flugs noch einen präzedenzlosen XXL-Ausgaben-Container, der uns alle zumindest bis in die 23. Legislatur hinein verpflichten wird. Und der am Ende vielleicht Deutschland sein Triple-A-Rating kosten wird. Alles das: In großer Hast, ohne weitere Debatte mit dem Souverän. Das ist sportlich. Aber möglicherweise setzt die ad-hoc-Koalition der Parteien, die sich als Kern des Wahlvolks verstehen, mit diesem Manöver nun genau den so unverzichtbaren Konsens in der Mitte aufs Spiel.

Karl Ulrich Voss,
Burscheid

Zur Ausgabe 46 vom 9.11.2024, „Ich kann in den Spiegel schauen“ auf Seite 10:
Der frühere Innenminister Horst Seehofer ist aus meiner Sicht integer. Er war ein Vollblutpolitiker mit Herzblut und Leidenschaft. Nach seinem Verständnis der Migrationspolitik: Mehr zu versprechen als man halten kann, ist kein Ausdruck von Moral. Auch aus Elend und Not ergab sich für ihn kein Einwanderungsrecht, seinerzeit sein Plädoyer und Widerspruch gegen Altkanzlerin Angela Merkel. Aus meiner Sicht hat er als Innenminister das Beste gemacht bei der Migration.

Ursula Reichert,
Hanau

SEITENBLICKE



AUFGEKEHRT

Der Präsident hat keine Eier

Nach der Niederlage gegen Schalke mahnte Oliver Kahn seine Bayern einmal zu, nun ja, mehr Mannhaftigkeit: „Eier, wir brauchen Eier“, sagte der Nationaltorhüter auf Nachfrage. US-Präsident Donald Trump, der seine Wiederwahl im Grunde auf diesen Satz gegründet hat, steht vor einem ähnlichen Problem: Ihm fehlen weiterhin die Eier. Börsenkurse stürzen in den Keller, die US-Verbraucherpreise schießen durch die Decke, und nach Ausbrüchen der Vogelgrippe werden auch noch die Eier knapp und teuer. Nachdem der Rat seines Gesundheitsministers, die US-Hühner mögen sich bitte Lebertran und Vitamin A gegen die Masern in den Kamm schmieren, nicht zum Erfolg führte, hat sich Trump nun an Dänemark gewandt mit der Bitte, Eier zu liefern. Er wolle mit der dänischen Krone „gewisse Vermögenswerte aufteilen“ wie er im Telefonat mit dem russischen Präsidenten mitteilte, und Grönland annektieren. Trump nimmt weitere Eier-Staaten ins Visier, ganz Europa scheint ihm ein einziger Hühnerhaufen. Jenseits der Nordsee, pardon, jenseits des „Golfs von Ostfriesland“, soll es ein Land namens Deutschland geben, wo die Eier offenbar noch im Überfluss zu haben sind. In einer der Provinzen namens Lausitz offenbar so sehr, dass die Bewohner die Eier rund ums bevorstehende Osterfest im Dotterüberfluss schmelzend ausblasen, die leeren Schalen anmalen und an die Sträucher hängen. All diese Eier gehören aber stattdessen in einen American Pie, findet Trump, und die USA hätten hier wieder einmal das Nachsehen. Deshalb reifen im Weißen Haus nun die Pläne für eine weitere Landnahme. Im Beisein des Nato-Generalsekretärs Mark Rutte dachte Trump vor laufenden Kameras über eine Annexion der Lausitz nach. „Es wird wohl passieren“, sagte Trump. „Wissen Sie, Mark, wir brauchen das für die internationale Sicherheit.“

Alexander Heinrich

GOGREEN PLUS

Wir vermeiden CO₂, durch den Versand mit der Deutschen Post

ORTSTERMIN: UMBAUARBEITEN IM BUNDESTAG

Umbau, Umzug, Umbruch

Der Bundestag schrumpft, die Sitze werden neu verteilt, Büros geräumt und Technik modernisiert

Der Bundestag schrumpft – von 733 auf 630 Abgeordnete. 333 scheiden aus, 230 kommen neu hinzu, 400 behalten ihr Mandat. Diese Zahlen stehen nicht nur für Sitze im Plenarsaal, sondern auch für Abgeordnetenbüros, digitale Profile auf bundestag.de und die Machtverhältnisse im neuen Parlament. Während die Wiedergewählten für Kontinuität sorgen, bringt die Neuaufstellung Bewegung ins politische Zentrum Berlins.

Die Wochen zwischen Wahl und konstituierender Sitzung sind eine Phase des Übergangs. Die sowohl Abgeordnete als auch Angestellte betrifft. Da wird noch ein gemeinsamer Kaffee getrunken, sich verabschiedet. Neue Gesichter mischen sich unter alte, während ganze Mitarbeiterstäbe wechseln. Doch nicht nur personell ist der Bundestag im Umbruch – auch räumlich wird umstrukturiert. Kisten werden gepackt, Möbel gerückt, Büros getauscht. Im Parlamentsviertel, dieser kleinen Stadt im Herzen der Stadt, ist in diesen Tagen nicht nur politisch viel Bewegung. Überall wird gewerkelt, gewartet, etwas hin- und hertransportiert oder entsorgt.

Auch viele Wiedergewählte müssen ihre bisherigen Büros räumen und umziehen – denn die Abgeordnetenbüros werden neu vergeben. In einem komplexen Verfahren regeln Fraktionen und Verwaltung, wer wo seinen Platz bekommt – ein Prozess, der sich über die nächsten Monate hinziehen kann. Berücksichtigt werden bei der Büro-Vergabe etwa die Zugehörigkeit der Abgeordneten zu einem bestimmten Fachausschuss und die Nähe zu Partei- und Fachkollegen. Ist ein Büro erst einmal zugeteilt, folgen weitere Schritte: Maler kommen, Möbel werden arrangiert, Kunstwerke ausgeliehen. Doch es gibt einen Bereich, der mit höchster Priorität umgestaltet wird, damit das Parlament sich überhaupt kon-

Neustart nach den Wahlen: Der Bundestag wird für die 21. Legislaturperiode vorbereitet. Dafür sind auch Umbauarbeiten im Plenarsaal nötig. © DBT/Xander Heini/photothek



stituieren, eine Geschäftsordnung geben, einen Ältestenrat und Fraktionen bilden kann: der Plenarsaal. Bereits am 25. März 2025 soll sich dort der 21. Deutsche Bundestag konstituieren. Dann muss sich in dem charakteristischen Halbmond tieflauer Stühle das in Mandate und Parlamentssitze umgerechnete Wahlergebnis widerspiegeln. Mithilfe eines Proporz-Verfahrens haben die Zeichnerinnen des Bau-Referats im Bundestag bereits einen neuen Saal-Plan erstellt.

Nachdem der bisherige Bundestag Mitte März noch einmal zu Sondersitzungen zusammenkam und bis dahin alles so bleiben musste wie es war, gilt es, den Plenarsaal derzeit in Rekordzeit umzu-

bauen. Gerade mal sechs Tage blieben dem Bau-Referat und der Informations- und Kommunikationstechnik dafür. Denn das Grundgesetz gibt vor, dass zwischen dem Wahltag und der konstituierenden Sitzung maximal 30 Tage vergehen dürfen.

Noch am 18. März, unmittelbar nach Sitzungsende der Sondersitzung, haben daher die Fachhandwerker im Plenarsaal mit ihren Arbeiten begonnen. Anstelle politischer Debatten erfüllen seitdem für eine knappe „Nicht-Sitzungs-Woche“ das Surren von Akkuschraubern und andere Montage-Geräusche das Rund unter der Kuppel. Nun werden Sitze demontiert und an neuer Stelle angebracht.

Entsprechend des traditionellen Links-Rechts-Schemas der Parteien und ausgehend von der begehrten ersten, jedoch kürzesten Reihe entsteht so der typische Tortenstück-Look dieser Sitzlandschaft. Dabei gibt es fest vorgegebene Steckmöglichkeiten für die Sitze, durch Weglassen entstehen die Gänge. Fünf Fraktionen-Blöcke und vier Gänge sind es diesmal – so soll die neue Bestuhlung im Plenarsaal aussehen. Am Ende müssen die Fernsehzuschauer klar erkennen können, wo welche Fraktion sitzt – von den Linken ganz links, bis zur AfD ganz rechts.

Parallel dazu arbeitet die Informations- und Tontechnik auf Hochtouren. Auch hier geht es um Abbau und Aufbau, die

Neuinstallation und -programmierung der Mikrofon- und Beschallungsanlage. Kabelstränge liegen offen, Strom-, Steuer- und Mikrofonleitungen in den Tischen sind zu ziehen, Mikrofone und Telefone aus- und einzubauen, Verteilerkästen neu zu setzen.

Bevor der neue Bundestag seine Arbeit aufnehmen kann, wird jedes System geprüft – kein Lautsprecher darf rauschen, kein Mikrofon ausfallen. Denn wenn am 25. März wahrscheinlich ein paar Millionen Menschen die erste Sitzung des 21. Bundestages verfolgen, zählt jedes Detail. Schließlich ist der Plenarsaal mehr als nur ein Raum – er ist das sichtbare Symbol demokratischer Kontinuität. Lucas Lypp

VOR 30 JAHREN

Mehr als nur »Mutter der Kompanie«

30.3.1995: Erstmals wird eine Frau Wehrbeauftragte Es dauerte bis 2001, bevor Frauen in der Bundeswehr neben den zivilen auch alle militärischen Laufbahnen offenstanden. Erst 2013 wurde mit Ursula von der Leyen (CDU) die erste Frau Verteidigungsministerin. Frauen spielten in der Bundeswehr lange Zeit nur eine Nebenrolle. Umso bemerkenswerter ist die Wahl von Claire Marienfeld-Czesla: Am 30. März 1995 wählte der Bundestag die CDU-Politikerin mit 459 Ja- gegen 139 Nein-Stimmen zur Wehrbeauftragten. Die damals 54-Jährige war – natürlich – die erste Frau in diesem Amt.

Ihre Wahl war ohnehin nur möglich, weil das Wehrbeauftragtengesetz 1990 geändert worden war. Bis dahin war ein Wehrdienst Voraussetzung für die Amtsübernahme. Ihre sieben Vorgänger hatten alle in der Wehrmacht gedient.

Das Amt des Wehrbeauftragten war bei seiner Einführung in den 1950er Jahren ein Novum in Deutschland. Er soll als Hilfsorgan des Parlaments die Bundeswehr kontrollieren. Während seiner fünfjährigen Amtszeit darf der Wehrbeauftragte kein politisches Mandat innehaben, außerdem kein anderes besoldetes Amt und keinen Beruf ausüben. Er ist auch kein weisungsgebundener Beamter, sondern steht in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis.

Gleichzeitig ist der Wehrbeauftragte eine Art Kummerkasten für die Truppe. Jeder Soldat und jede Soldatin hat nämlich das Recht, sich ohne Einhaltung des Dienstweges – also ohne Genehmigung ihrer Vorgesetzten – mit Problemen an ihn zu wenden. Ein Anwalt der Soldaten.

Dass aus Marienfeld-Czesla schnell die „Mutter der Kompanie“ wurde, störte sie nicht. Auch wenn „dieser Begriff eigentlich schon belegt“ gewesen sei, wie sie einmal in einem Interview erinnerte. Schließlich wird der „Spieß“, also der Kompaniefeldwebel, so genannt, weil er „letztlich für alles verantwortlich ist, was die Soldaten betrifft“.

Wie die Jungfrau zum Kind kam Marienfeld-Czesla indes nicht zum Amt der Wehrbeauftragten. Der Zusammenbruch des Warschauer Paktes hatte ihr Interesse an Sicherheitspolitik geweckt. Als sie 1990 in den Bundestag gewählt wurde, hatte sie sich um einen Sitz im Verteidigungsausschuss beworben. Und schon dort habe sie sich „nicht mit der Rüstung beschäftigt, sondern mit den Dingen, die die Soldaten betreffen“, also etwa Unterkünfte und Wohnungsfürsorge.

Für eine Kontroverse sorgte sie, als sie wenige Monate nach ihrer Wahl zur Wehrbeauftragten angesichts einer wachsenden Zahl Kriegsdienstverweigerer von einer „Generation von Egoisten“ sprach. Ihre ablehnen-



Die erste Wehrbeauftragte Claire Marienfeld-Czesla mit dem ehemaligen Generalmajor des Heeres der Bundeswehr Heinz-Georg Keerl. © pic.alliance/Eventpress Hermann

de Haltung gegenüber einer Abschaffung der Wehrpflicht erklärte sie mit Gedanken, die gerade in diesen Tagen brandaktuell klingen: „Wenn wir einerseits erkennen mussten, dass innerhalb von wenigen Wochen die Sowjetunion zusammengebrochen ist, wer sagt uns denn, dass es andererseits nicht umgekehrt wieder Entwicklungen geben kann, bei denen wir zumindest über eine bestimmte Truppenstärke verfügen müssen, um wirklich gerüstet zu sein?“ Diese Frage müsse „bis in den letzten Winkel der Öffentlichkeit getragen“ und „mit allen Konsequenzen diskutiert werden“, sagte sie.

Für eine zweite Amtszeit kandidierte Claire Marienfeld-Czesla aus Enttäuschung über mangelnde Einflussmöglichkeiten nicht mehr. Heute ist mit Eva Högl (SPD) eine zweite Frau Wehrbeauftragte. Benjamin Stahl

AUSBLICK ...

So geht es weiter

Am 25. März tritt der 21. Deutsche Bundestag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Mit diesem Akt beginnt nicht nur eine neue Wahlperiode, sondern es greift auch ein grundlegendes Prinzip der parlamentarischen Arbeit: die Diskontinuität. Sie ist in Artikel 39 des Grundgesetzes verankert und bedeutet, dass mit der Konstituierung eines neu gewählten Bundestages alle bisherigen Abgeordneten ihr Mandat verlieren. Doch die Diskontinuität reicht weiter. Nicht nur die personelle Zusammensetzung des Parlaments ändert sich, auch die untergeordneten Organe des Bundestages – wie die Ausschüsse – müssen neu gebildet werden.

Alle Gesetzentwürfe und parlamentarischen Vorlagen, die in der vergangenen Wahlperiode noch nicht verabschiedet wurden, verfallen und müssen erneut eingebracht werden, wenn sie weiterverfolgt werden sollen. Unberührt von dieser Regelung bleiben hingegen Petitionen und Angelegenheiten der Europäischen Union. Damit wird sichergestellt, dass Bürgeranliegen und europäische Verpflichtungen nicht durch den Wechsel der Wahlperiode unterbrochen werden. Die Diskontinuität unterstreicht die Unabhängigkeit jeder Legislaturperiode. Sie stellt sicher, dass jeder Bundestag eigenständig arbeitet.



© DBT / Marc-Steffen Inger

LIVE UND ZUM NACHSEHEN

Topthema am 25. 3.2025

Konstituierende Sitzung des Bundestages mit Wahl der Präsidentin/des Präsidenten (Di)

Phoenix überträgt live

**www.bundestag.de/mediathek:
Alle Debatten zum Nachsehen
und Nachlesen.**

DAS PARLAMENT

Nr. 13 | Berlin, 22. März 2025 | 75. Jahrgang

www.das-parlament.de

Preis 1 € | A 5544





Öffentliches Bücherregal am Fjaerlandsfjord an Norwegens Westküste.

© picture-alliance/Juergen Feuerer

Es ist ein kurzer Weg für Deutschlands Leseratten in die norwegische Literatur. Bei Betreten einer Buchhandlung müssen sie einfach auf das Krimi-Regal zusteuern. Dort stehen die Kriminalromane von Jo Nesbø, Anne Holt, Samuel Bjørk oder Thomas Enger einträchtig neben ihren skandinavischen Kollegen wie dem Dänen Jussi Adler-Olsen oder dem Schweden Arne Dahl. Unter der Bezeichnung „Nordic Noir“ haben die Skandinavier in den vergangenen Jahrzehnten ein eigenes Genre in der Krimi-Sparte begründet, das sich in Deutschland großer Beliebtheit erfreut – in gedruckter Form oder als Verfilmung. Die Verbindung von Verbrechen, menschlichen Abgründen und Gesellschaftskritik, die mit dem gängigen Klischee vom sorgen- und konfliktfreien skandinavischen Wohlfahrtsstaat aufträumt, hat eine große Fangemeinde.

Aber nicht nur mit ihren Kriminalromanen punkten Norwegens Schriftsteller beim deutschen Lesepublikum. Mit „Sophies Welt“ legte etwa Jostein Gaarder Anfang der 1990er Jahre einen Jugendroman über die Geschichte der Philosophie vor, der wahren Kultstatus erwarb und auch vom erwachsenen Publikum in Deutschland Begeisterung auslöste.

Deutschland ist wichtigster Markt für Norwegens Literatur

Überhaupt reichen die kulturellen Beziehungen zwischen Norwegen und Deutschland weit zurück. Für die Karrieren berühmter norwegischer Künstler wie den Dramatiker Henrik Ibsen, den Maler Edvard Munch oder den Komponisten Edvard Grieg spielte Deutschland schon im 19. Jahrhundert eine große Rolle. „Auch heute ist Deutschland einer unserer wichtigsten Kulturmärkte und dient oft als Tor zur weiteren Internationalisierung. Im Bereich der Literatur ist Deutschland sogar unser weltweit wichtigster Markt“, weiß auch Norwegens Kulturministerin zu berichten. Und der Umstand, dass sich Norwegen in diesem Jahr auf der Leipziger Buchmesse nach seinem Auftritt 2019 auf der Frankfurter Buchmesse bereits zum zweiten mal innerhalb weniger Jahre auf einer der beiden großen literarischen Großevents in Deutschland präsentiert, unterstreicht dies.

Überhaupt kann sich Norwegen einer höchst diversen und erfolgreichen Li-

Gastland Norwegen

Nordisches Leseland

Norwegen kann sich eines reichhaltigen und erfolgreichen Literaturbetriebs rühmen. Dies liegt nicht zuletzt an einer wohl einzigartigen staatlichen Förderung. Selbst das Königshaus macht sich stark für das Buch.

teraturszene rühmen. Das Land mit seinen aktuell gerade mal 5,6 Millionen Einwohnern hat mit Bjørnstjerne Bjørnson (1903), Knut Hamsun (1920), Sigrid Undset (1928) und Jon Fosse (2023) immerhin bereits vier Literaturnobelpreisträger hervorgebracht. Zur Leipziger Buchmesse reist nun eine rund 50-köpfige Delegation aus norwegischen Schriftstellern und Buchautoren an, um das Gastland unter dem Motto „Traum im Frühling“ zu repräsentieren. Unter ihnen finden sich bekannte Namen wie der des Literatur-Stars Karl Ove Knausgård, der mit seinem mehrbändigen und rund 4.000 Seiten umfassenden biografischen Werk „Min kamp“ von sich Reden machte, oder Maja Lunde, die mit ihrem Roman „Geschichte der Bienen“ zum Thema Klimakatastrophe wochenlang die „Spiegel“-Bestseller-Liste anführte.

Familien, Migration und deutsche Besatzungszeit

Aber auch Vertreter der jungen Schriftstellergeneration wie die Autorin Linn Strømsborg, die sich in ihrem Roman „Nie, nie, nie“ mit dem Thema Mutterschaft auseinandersetzt, finden sich in Leipzig ein. Überhaupt nimmt das Thema Familie eine großen Stellenwert bei Norwegens Literaten ein. Etwa bei der Autorin Vigdis Hjorth, die erst unlängst den Durchbruch auf dem deutschen Buchmarkt schaffte, mit ihren Romanen „Die Wahrheiten meiner Mutter“ und „Ein falsches Wort“. Oder bei Marie Aubert mit ihrem Roman „Eigentlich bin ich nicht so“ über Familientreffen und bei Oliver Lovrenski, der in „bruder, wenn wir nicht family sind, wer dann“ einen autobiografischen Blick auf junge migrantische Milesus in Norwegens Hauptstadt Oslo wirft.

Neben seinen Kriminalromanen und der zeitgenössischen Literatur will

Norwegen in Leipzig zudem seine hochgelobte Kinder- und Jugendliteratur, die Literatur der samischen Minderheit, sein Sachbuchprogramm und historische Romane in den Fokus stellen. Unter letzteren spielt auch die Geschichte Norwegens unter deutscher Besatzung im Zweiten Weltkrieg immer wieder eine große Rolle. So erzählte beispielsweise Trude Teige in ihrem Roman „Als Großmutter im Regen tanzte“, der in Norwegen und Deutschland zum Bestseller avancierte, die Geschichte einer Norwegerin, die sich in einen deutschen Soldaten verliebte. Auch der Nachfolgeroman „Und Großvater atmete mit den Wellen“ ist im Zweiten Weltkrieg angesiedelt.

In „Museum der Mörder und Lebensretter“ wiederum erzählt Simon Stranger die Geschichte zweier jüdischer Familien, die vor den Deutschen nach Schweden zu fliehen versuchen. Während es der einen gelingt, wird die andere kurz vor dem Ziel von den eigenen Fluchthelfern erschossen. Mit dem auf Tatsachen beruhenden Roman knüpft Stranger an sein Buch „Vergesst unsere Namen nicht“ an, in dem er jüdische Schicksale und das Thema Kollaboration in Norwegen thematisierte.

Staatliche Unterstützung für den norwegischen Buchmarkt

Der Umstand, dass Norwegen eine solch diverse Literaturszene beherbergt, die einen beachtlichen Output hervorbringt, ist nicht zuletzt auch auf staatliche Unterstützung zurückzuführen. An erster Stelle ist das norwegische Ankaufssystem zu nennen. Über dieses staatlich finanzierte Programm, das vom Arts Council Norway verwaltet wird, werden jährlich zwischen 550 und 1.500 Exemplare von rund 600 Neuerscheinungen, die bestimmten Qualitätskriterien entsprechen, aufgekauft und an die öf-

fentlichen Bibliotheken im ganzen Land verteilt. Das Programm wurde in den 1960er Jahren zunächst für Erwachsenenliteratur aufgelegt und schnell auch auf Kinder- und Jugendliteratur, aber auch auf Sachbücher, Graphic Novels und übersetzte Belletristik ausgeweitet.

Hauptzweck des Ankaufsystems ist es, die Veröffentlichung neuer norwegischer Bücher – auch von jungen und bislang nicht so bekannten Autoren – zu gewährleisten, den öffentlichen Zugang zu diesen Werken zu sichern und den Autoren bessere Einnahmen zu sichern.

Auch in die Preisgestaltung auf dem Buchmarkt greift der Staat direkt ein. So sind Bücher, E-Books und Zeitungen in Norwegen gänzlich von der Mehrwertsteuer befreit, während beispielsweise in Deutschland lediglich der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent gilt. Zudem kann der Verkaufspreis von Büchern gemäß eines im vergangenen Jahr in Kraft getretenen neuen Buchgesetzes erst zwölf Monate nach deren Veröffentlichung geändert werden. Diese zeitlich befristete Buchpreisbindung, die man auch in Deutschland kennt, schafft finanzielle Planungssicherheit für Verleger und Buchhändler.

Ebenso profitieren Rechteinhaber in Norwegen von kollektiven Tarifverträgen zwischen dem norwegischen Verlegerverband und den Organisa-

tionen für Autoren, Illustratoren und Übersetzern.

Für den Export norwegischer Literatur wiederum setzt sich die 1978 gegründete und vom Kulturministerium finanzierte Literatur-Förderorganisation NORLA (Norwegian Literature Abroad) ein. Sie betreibt aktive Werbung im Ausland, und bietet eine Reihe von Förderprogrammen für die Übersetzung norwegischer Bücher an. In den vergangenen 20 Jahren hat NORLA zur Übersetzung von mehr als 8.000 norwegischen Buchtiteln in 73 Sprachen beigetragen. Zudem ist NORLA verantwortlich für den Gastlandauftritt Norwegens auf der diesjährigen Leipziger Buchmesse, wie auch schon für die Gastlandauftritte auf der Frankfurter Buchmesse 2019 und den Buchmessen in Warschau (2022) und Kairo (2024).

Kronprinzessin Mette-Marit als Botschafterin der Literatur

Unterstützung erhält Norwegens Literatur auch aus dem Königshaus. Seit 2017 vertritt Kronprinzessin Mette-Marit, Ehefrau des norwegischen Thronfolgers Haakon, als Botschafterin die norwegische Literatur im Ausland. Die Kronprinzessin, die auch als Schirmherrin des Bibliotheksverbands fungiert, initiierte bereits 2014 den „Litteraturtoget“ (Literaturzug). Mit dem speziellen Eisenbahnzug, der über eine eigens eingebaute Bibliothek verfügt, werden in- und ausländische Autoren zu verschiedenen Orten des Landes gebracht, um dort Lesungen zu veranstalten. 2019 reiste Mette-Marit gemeinsam mit ihrem Ehemann auf der ersten Auslandsfahrt des Literaturzuges zur Eröffnung der Frankfurter Buchmesse an. Auch die Leipziger Buchmesse wird sich im royalen Glanz sonnen können, wenn die Kronprinzessin am 27. März den Stand des Gastlandes eröffnet.

Alexander Weinlein

» Ich kann mir ein Leben ohne Bücher nicht vorstellen. Schon als Kind wurde mir vorgelesen, und ich hatte die Möglichkeit, in die Welt der Fantasie einzutauchen.

KRONPRINZESSIN METTE-MARIT

»Nicht in der Nische«

Der belarussische Exil-Schriftsteller Alhierd Bacharevič erhält den diesjährigen Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung. Er versteht sich als Stimme der europäischen Literatur.

Herzlichen Glückwunsch zum diesjährigen Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung, den Sie für Ihren Roman „Europas Hunde“ erhalten. Kannten Sie den Preis vorher?

Klar. Es ist ein recht bekannter Preis, den renommierte Schriftsteller erhalten haben, darunter die spätere Nobelpreisträgerin Svetlana Alekseevič, die auch Belarussin ist.

Aber Sie sind der erste auf Belarussisch schreibende Schriftsteller, der diesen Preis bekommt.

Es ist sehr wichtig, genau das zu betonen und darüber zu sprechen. Leider ist die belarussische Literatur nicht besonders bekannt in Europa und in der Welt, obwohl sich die Lage in den letzten fünf Jahren zum Besseren entwickelt hat. Ein solcher Preis macht unsere Literatur bekannter. Und ich hoffe, dass nach mir auch andere Autoren solch renommierte Preise erhalten.

Der belarussische Publizist Pavel Barkovskij meint, dass sich in Belarus „eine der schlimmsten Russifizierungen der letzten Jahrhunderte“ ereignet. Allerdings schrieben während der Sowjetära die bekanntesten Schriftsteller des Landes auf Russisch. Gibt es viele Autoren in Belarus, die in der Landessprache schreiben?

Das ist ein sehr ernstes Thema. Die Mehrheit der Belarussen ist russischsprachig; Die Menschen entscheiden sich für Russisch, weil es die Sprache der Macht und der Bürokratie ist. Außerdem ist Russisch prestigeträchtig, Ausdruck einer großen Weltkultur. Für die Mehrheit ist Russisch das Fenster zur Welt.

Zahlreiche Umfragen belegen, dass nur eine Minderheit belarussisch spricht.

Die Menschen kennen die Sprache, aber sie beherrschen sie eher passiv. Inzwischen lernen die Schülerinnen und Schüler in Aljaksandr Lukaschenkas Staat Belarussisch, weil es neben Russisch die zweite Amtssprache ist. Hunderttausende setzen Belarussisch an die erste Stelle. Nach der Unabhängigkeit 1991 änderte sich die Lage zum Besseren, man sprach auch im Alltag Belarussisch, die Kultur auf Belarussisch entwickelte sich. Heute können wir sicher sagen: Ja, die belarussische Kultur nimmt einen respektablen Platz ein.

In Ihrem Buch, „Europas Hunde“, das Sie 2017 veröffentlichten, schreiben Sie über russische Schriftsteller, die „sich für den Nabel der Welt hielten“. Dabei sei Russland „das Imperium des Horrors und des Blutes“. Woher kommt Ihre Haltung gegenüber Russland?

Ab den 1990er Jahren war für mich klar, dass Russland ein Imperium ist. Es ist der Schlüssel zur allem, was in Europa passiert ist, bis heute. Imperien können nicht demokratisch sein, sie sind immer auf Raubzug und wollen expandieren, sowohl politisch als auch kulturell. Als wir diese Themen im Westen ansprachen, wollte das keiner hören, niemanden interessierte es. Wer sind diese Belarussen? Was haben uns die belarussischen Schriftsteller zu sagen? Unsere Literatur war im Westen unbekannt. Für uns war Russland immer ein Imperium, immer ein Feind, in dessen Schatten wir leben mussten. Wir Belarussen wollen überleben. Aber wir können die Geografie nicht ändern, Russland bleibt unser Nachbar. Deshalb ist es



Der belarussische Schriftsteller Alhierd Bacharevič.

© Julia Cimafiejeva

ZUR PERSON

Alhierd Bacharevič, geboren 1975 in Minsk, studierte belarussische Literatur und Sprachwissenschaft an der Pädagogischen Universität in Minsk. Nach seinem Studium arbeitete er zunächst als Lehrer und Journalist. Er hat mehrere Romane und Essay-Sammlungen publiziert, seine Bücher sind ins Deutsche, Englische, Russische und weitere Sprachen übersetzt. Zwischen 2006 und 2013 lebte er erstmals in Hamburg und seit 2020 dauerhaft mit seiner Ehefrau im Exil.

unsere Aufgabe, den belarussischen Staat zu erhalten mit unserer Kultur und Sprache. Wir dürfen uns nicht in Russland auflösen.

Deshalb brauche Belarus den Nationalismus, haben Sie früher gesagt.

Ja, in der Welt gibt es den Kampf der

Kulturen, vor allem der größeren gegenüber den kleineren. Die angelsächsischen, die chinesischen und die russische Kultur sind mächtig. Sie waren immer stärker als unsere. Aber sollen wir uns ihnen unterwerfen und auf unsere eigene Kultur verzichten? Natürlich können wir diesen Kampf nicht gewinnen: Das Wichtigste für uns ist, diesen Kampf nicht zu verlieren.

Sie befürchten eine Assimilation?

Ja. Deshalb ist es für uns Belarussen so entscheidend, unsere Muttersprache zu sprechen und zu lesen. Unsere Sprache ist die mächtigste Waffe gegen die Assimilation.

Was wollen Sie mit ihrem Buchtitel „Europas Hunde“ ausdrücken? Die Russen sagen: „Der Hund ist der beste Freund des Menschen.“ Sind die Belarussen die Hunde, die besten Freunde Europas?

(lacht) Meine Hauptbotschaft lautet, dass Belarus zu Europa gehört. Einen anderen Weg als nach Europa haben wir nicht. Was den Titel des Buches betrifft, den habe ich für die Journalisten erfunden. Wir Belarussen sind klein, gutmütig, man streichelt uns, aber man versteht uns nicht. So wie

Menschen die Hunde nicht verstehen. Es geht um eine Liebe ohne Verstehen, Respekt ohne Verständnis für unsere Sorgen. Aber genau das brauchen wir, dass man uns als gleichberechtigt anerkennt.

Sie erwähnten Ihre Befürchtungen vor einem „Unionsstaat Russland – Belarus“. Putin betrachtet die Belarussen genauso wie die Ukrainer als Teil des russischen Volkes.

Er glaubt auch, der Westen habe diese Völker erfunden. Diese geplante Union ist gefährlich für uns. Allerdings gibt es einen wichtigen Unterschied zwischen den beiden Regimen: Putin verfolgt eine imperiale Ideologie, während Lukaschenka nicht ideologisch vorgeht. Er ist ein Sowjetmensch, der an die Macht gelangte und alles dafür tut, dort zu bleiben.

Womit erklären Sie, dass die Mehrheit in Belarus nach wie vor „sowjetisch“ orientiert ist?

Die Menschen haben Angst davor, die Wahrheit zu sagen. Die sowjetische Vergangenheit bedeutet nur noch den Alten etwas. Meine Frau und ich nahmen an der Revolution 2020 teil und konnten hautnah miter-

leben, dass sich die Menschen weiterentwickeln wollen. Das Regime verhindert dies jedoch mit brutalen Repressionen.

Wer unterstützt Lukaschenka?

Während unserer Revolution haben wir erwartet, dass die Eliten des Landes uns zur Seite stehen. Aber dann stellte sich die Frage, wer sind diese sogenannten Eliten überhaupt? Am Ende zeigte sich, dass sie sich auf die Seite der Mächtigen geschlagen hatten. Es handelt sich um einen kleinen Kreis, der vom Regime abhängig ist. Gleichzeitig beobachten wir, dass selbst diejenigen, die das Regime seit 30 Jahren unterstützen, das Vertrauen verlieren. Sobald es zu Veränderungen in Russland kommt, ist Lukaschenkas Regime am Ende.

Sie leben seit Jahren in Deutschland. Wie betrachten die Deutschen die Politik und Kultur in Belarus?

Als ich 2007 nach Hamburg kam und sechs Jahre dort lebte, war es schrecklich. Niemand konnte mit Belarus etwas anfangen. Für die Deutschen war alles Russland, was östlich von Polen liegt. Aber nach dem großangelegten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, zeigten sich immer mehr Deutsche offen für die eigenständige Existenz der Belarussen und Ukrainer. Lange Zeit fürchtete man hier, unsere lokalen Nationalisten zu unterstützen aus Furcht vor Konflikten mit Russland.

Ihr Buch ist in dem kleinen Berliner Verlag Voland & Quist erschienen.

Gott sei Dank existieren in Deutschland noch kleine Verlage unabhängig von den großen Konzernen.

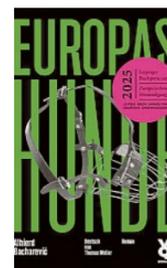
Zu welchem Genre zählen Sie „Europas Hunde“? Es handelt sich um eine Mischung aus Realismus und post-apokalyptischer Utopie. Einer Ihrer Romanhelden hat sogar eine neue Sprache erfunden.

Ich wollte vor allem über mein Belarus und mein Europa schreiben. Jedes Buch reflektiert die Sprache seiner Zeit. Mein Buch ist ein Roman über die Sprache der Macht und die Macht der Sprache. Das Buch ist auch eine politische Satire, auch darüber, wie uns die Kunst der Poesie und der Literatur verloren geht. Ich fürchte, die Menschen verlernen, Bücher zu lesen.

Warum sind Sie ins Exil gegangen?

Zurzeit sind zwei meiner Bücher in Belarus als extremistisch verboten. Weder mein Verleger noch ich wissen, warum dies der Fall ist, eine Begründung gibt es nicht. Gleichzeitig kritisiert mich die Staatspropaganda ohne Hemmungen. Für mich ist das Exil in Deutschland nicht so dramatisch, da mir die deutsche Sprache und Kultur nicht fremd sind. Ich bleibe nicht in der Nische eines Exilanten, sondern fühle mich als Stimme der europäischen Literatur.

Das Interview führte Aschot Manutscharjan



Alhierd Bacharevič:
Europas Hunde.
Roman.

Voland & Quist,
Leipzig 2024;
744 S., 36,00 €

Schwache Despoten

Anleitung zum Tyrannensturz

Marcel Dirsus hat eine kurzweilige Handreichung zur Entschlüsselung von Diktaturen vorgelegt – und zu ihrer Überwindung

Dieses Dasein muss ein einziger Kopfschmerz sein: Hinter dicken Mauern lebt der Despot, begleitet von Palastwachen, in deren Köpfe man nicht schauen kann, umgeben von Paladinen, die zu flüstern beginnen, sobald man ihnen den Rücken kehrt. Um sich ein Bild der Lage im Land zu verschaffen, muss der Herrscher in einer trüben Suppe aus Vertuschung und Beschönigungen seiner Untergebenen fischen. Rauszugehen ist keine Option, denn vor den Palasttoren lauert das Volk, das offenkundig viele Rechnungen mit dem Tyrannen offen hat. Marcel Dirsus schildert in seiner sehr lesenswerten und unterhaltsam geschriebenen Analyse eine klaustrophobisch anmutende Welt der Despoten: Es ist ein Handbuch für das Studium von Diktaturen, angetrieben von der Frage, wie sich diese überwinden lassen.

Amazonen-Leibgarde und eine vergoldete Waffe

Recht naheliegend ist der Schluss, dass Tyrannen und Despoten im Grunde bedauernswerte Figuren sind. Ein Beispiel ist der exzentrisch auftretende libysche Langzeit-Despot Muammar al-Gaddafi, der im Besitz einer Amazonen-Leibgarde und einer vergoldeten Waffe war, was ihn 2011 aber nicht vor dem tödlichen Sturz durch Rebellengruppen bewahrt hat. „Ein von seiner rosigen Zukunft überzeugter Mann benötigt nicht mehrere Anwesen mit kilometerlangen unterirdischen Tunneln“, schreibt Dirsus dazu trocken.

Sein Buch beschreibt an einer Vielzahl von Beispielen, historischen wie aktuellen, wie Alleinherrschaften beschaffen sind, welchen Mechanismen und inneren Logiken sie folgen. So exzentrisch Potentaten auftreten, so gewalt-

Mauerreste am Checkpoint Charlie 2013 in Berlin: Zu sehen sind Bilder von Diktatoren und der Schriftzug „More walls to tear down“ – „mehr Mauern müssen abgerissen werden“.

©dpa/picture alliance/ZB/S. Steinach



sam, repressiv und zuweilen abstrusen Personenkult verströmend ihre Regime sind, so sehr lassen sich diese Dinge im Kern als Herrschaftstechniken und damit immer auch als rational beschreiben, so die Grundannahme. Der Verlust von Macht bedeute für den Diktator den Verlust von Freiheit und vermutlich Leben. „Das erklärt, warum Tyrannen handeln wie sie handeln.“ Es kommen Variablen ins Spiel: Auffällig oft gehen grausame Regime mit Rohstoffreichtum des Landes einher, bevorzugt Öl oder Diamanten, für die sich selbst bei Sanktionen ein Käufer finden lässt. Nahezu immer verteilen Diktatoren von unten nach oben, wo sie „Eliten“ in ausgeklügelter Balance halten und bestechen müssen. Manchmal machen sich Diktatoren für eine ausländische Macht unentbehrlich, „Stabilität“ und Bündnislogiken

gehen dann mitunter vor Menschenrechten: Ein „Schweinehund“ sei er, „aber er ist unser Schweinehund“ – so soll US-Präsident Franklin D. Roosevelt 1938 Nicaraguas Diktator Anastasio Somoza García bezeichnet haben.

Diktatoren müssen Stärke zeigen, weil sie im Grunde schwach sind

Gemeinsam ist Diktatoren ihr Scheitern, so eine weitere These des Buchs. Dirsus schildert diese von ihm unterstellte Unausweichlichkeit nicht nur am Beispiel von permanent drohenden Bürgerkriegen oder einem Putsch, sondern auch an vermeintlich friedlichen Szenarien. Alternde Potentaten sind nicht in der Lage, Loyalität für ihr Regime über ihren Tod hinaus zu sichern. Wenn sie einen Nachfolger aufbauen, droht ihnen das Schicksal, von

diesem kaltgestellt zu werden. „Diktatoren, die versuchen die Fackel weiterzureichen, verbrennen sich häufig die Finger.“ Auch auf zahlreiche Versuche westlicher Länder, einen „Regime Change“ von außen zu bewirken, geht der Autor ein. Erfolgversprechend sind all diese Interventionen nicht.

Der Ton von Dirsus Studie ist getragen von der Gewissheit, dass Demokratien mit ihrer Fähigkeit zur Selbstkorrektur Diktaturen überlegen sind. Diktatoren müssen Stärke zeigen, weil sie im Grunde schwach sind, so könnte die Kurzzusammenfassung lauten. Was aber, wenn Demokratien am Ende weniger durch Diktaturen als durch Angriffe im Inneren gefährdet sind? Ein Blick über den Atlantik zeigt ein Mutterland der Demokratie, das soeben einen verurteilten Straftäter zum Präsidenten gewählt hat, der Anhänger zu

einem Sturm auf das Parlament anstachelte und sich aktuell Gerichtsentscheidungen widersetzt. Dirsus Buch steht ganz im Bann der Frage, wie Diktaturen scheitern, wie sie sich überwinden lassen. Auf die Frage, wie womöglich Demokratien ins Autoritäre kippen und sich für den Keim des Diktatorischen begeistern, sucht es keine Antworten. Alexander Heinrich

» Ein von seiner rosigen Zukunft überzeugter Mann benötigt keine kilometerlangen Tunnel unter dem Anwesen.

MARCEL DIRSUS

Anzeige



Marcel Dirsus: Wie Diktaturen stürzen und wie Demokratien siegen können.

Kiepenheuer & Witsch, Köln 2025; 368 S., 28,00 €

Stärkung der Demokratie

Wege aus der Krise und Perspektiven für die Zukunft



Hans-Joachim Lauth | Simon Bein

Vergleichende Demokratieforschung

Einführung

2025, ca. 303 S., brosch., ca. 24,90 €

ISBN 978-3-7560-1524-5

E-Book 978-3-7489-4330-3

(Studienkurs Politikwissenschaft)

Erscheint ca. Mai 2025

Dieser Einführungsband erfasst die Grundlagen der Entstehung, Konsolidierung und Gefährdung demokratischer Regime. Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt: Wann und warum entstehen stabile Demokratien? Was sind die Gefährdungspotenziale etablierter Demokratien?

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buchbestellung unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

KURZ REZENSIIERT

Das Udenkbare denken



Carlo Masala
WENN RUSSLAND GEWINNT
Ein Szenario

Carlo Masala:
Wenn Russland gewinnt.
Ein Szenario.

C.H. Beck,
München 2025;
116 S., 15,00 €

lern, die seit Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine vor drei Jahren den Westen eindringlich davor warnen, Russlands Präsidenten Wladimir Putin politisch und militärisch in der Ukraine das Feld zu überlassen. Nun hat er dieser Warnung mit seinem Szenario „Wenn Putin gewinnt“ eindrucksvoll Nachdruck verliehen.

Als Masala die Arbeit an seinem schmalen Band beendet, ist US-Präsident Donald Trump gerade in sein Amt eingeführt worden. Zu diesem Zeitpunkt weiß niemand genau, ob und wie er seine Ankün-

digung, in kurzer Zeit einen Frieden zwischen Russland und der Ukraine auszuhandeln, in die Tat umsetzen wird. Doch Masala hat die sich aktuell zu beobachtende Entwicklung vorweggenommen: Die USA lassen die Ukraine fallen, streichen ihr die militärische Unterstützung und zwingen dem Land einen Frieden zu Gunsten Russlands auf, der einer Kapitulation gleichkommt.

Mitunter liest sich Masalas Szenario wie die Rohfassung für einen geopolitischen Thriller. Der Ernsthaftigkeit tut dies jedoch keinen Abbruch. Mögliche Szenarien durchzuspielen, gehört in verteidigungspolitischen Zirkeln zum Alltag. Denn sie können helfen, Gegenstrategien zu entwickeln. Masala hat die Entwicklungen der letzten Jahre stringent zu Ende gedacht. Vor allem befürchtet er, dass die Europäer nach einem Frieden in der Ukraine in alte Verhaltensmuster zurückfallen werden und sich eben nicht um ihre Verteidigungsfähigkeit kümmern. aw



Zwischen Trümmern sucht ein Junge in Gaza-Stadt nach Verwertbarem. Laut von der City University of New York ausgewerteten Satellitendaten sollen mehr als 70 Prozent der Gebäude in der größten Stadt Gazas durch israelische Luftangriffe zerstört worden sein. © picture-alliance/picture alliance / Anadolu/Moiz Salhi

Postkolonialer Blick auf den Nahostkonflikt

Auf der Farbenlinie

Pankaj Mishra hat ein Buch über die »Welt nach Gaza« geschrieben. An Israel und seinen Unterstützern wie Deutschland übt der indische Intellektuelle harsche Kritik

Pankaj Mishras Buch „Die Welt nach Gaza“ ist über weite Strecken eine Abrechnung. Der in Indien geborene Essayist, Literaturkritiker und Bestsellerautor zählt zu den international einflussreichsten Intellektuellen, gilt als Vordenker und Stimme des globalen Südens. Für sein Buch „Aus den Ruinen des Empires“, das das Aufbegehren gegen den westlichen Imperialismus thematisiert, erhielt er 2014 den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung. Die Auseinandersetzung mit dem Erbe von Imperialismus und Kolonialismus und die Kritik am Liberalismus sind Leitmotive seiner Arbeit.

In seinem jüngsten Buch nun analysiert Mishra den Nahostkonflikt aus postkolonialer Sicht. Die historischen Hintergründe betrachtet er ebenso wie die geopolitischen Folgen und international gespaltenen Reaktionen auf Israels Krieg gegen die Hamas in Gaza. Dabei geht Mishra, der teilweise in London lebt und für amerikanische Medien wie die „New York Review of Books“ schreibt, mit Israel und seinen westlichen Unterstützern hart ins Gericht. Den USA, aber auch Deutschland wirft er vor, angesichts von Zerstörung und Kriegsverbrechen nichts zu tun. In den letzten Jahrzehnten sei viel geschehen, „Naturkatastrophen, Finanzkrisen, eine weltweite Pandemie, politische Erdbeben, Eroberungskriege und Rachezüge“, schreibt der 56-Jährige. Doch keine dieser Katastrophen reiche an Gaza heran. Dennoch zeigten westliche Politiker ein erschreckendes Maß an „Gefühlsmangel“ gegenüber dem Schicksal der Palästinenser.

Rassismus als zentrales Problem der internationalen Politik

Die von „westlichen Demokratien gemeinschaftlich herbeigeführte Katastrophe“ habe die nach dem Sieg über den Faschismus 1945 aufgenommene Illusion einer von „Respekt vor den Menschenrechten und einem Minimum an rechtlichen Normen getrage-

nen Menschheit zerstört“, urteilt Mishra. Als Grund für das Agieren Israels und seiner westlichen Unterstützer führt er Rassismus an: Der scheinbar unlösbare Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern liege auf „einer der heimtückischsten Bruchlinien der modernen Geschichte: der Farbenlinie“, schreibt er und verwendet einen Begriff, den ursprünglich der afroamerikanischen Bürgerrechtler W.E.B. du Bois prägte, um das zentrale Problem der internationalen Politik, die

» Eine von westlichen Demokratien gemeinschaftlich herbeigeführte Katastrophe.

PANKAJ MISHRA

Einteilung der Welt in einem dominanten westlich-weißen Teil und einen dominierten nicht-westlich-farbigem Teil, zu beschreiben. So wie die kolonialisierten Völker außerhalb des Westens, galten die Juden als die Rückständigen, so Mishra: „Sie gehörten einer familien- und verwandtschaftsorientierten Gruppe von Menschen an, die ihre Werte aus der Vergangenheit schöpften, nun jedoch vor einer beispiellosen Herausforderung in Gestalt einer westlichen Moderne standen, die mit einem neuen rassistischen Diskurs über Zivilisation diese Traditionen rücksichtslos mit Füßen trat und alle darin nicht Bewanderten in tiefe Gefühle der Zurückweisung, der Demütigung und des Selbstzweifels stürzte.“ Einen Ausweg habe der Zionismus geboten, der einen eigenen Staat in Palästina versprach. Die Juden Europas identifizierten sich nach Mishras Lesart mit ihren Unterdrückern und wurden zu Vorreitern der westlichen Moderne – um im „unzivilisierten“ Nahen Osten eine europäisch-zivilisatorische Nation zu gründen: Israel.

Die Juden hätten danach die Seite gewechselt, seien „eine Kolonialmacht im Nahen Osten geworden“. Mishra führt Zitate jüdischer Intellektueller und Holocaustüberlebender wie Hannah Arendt, Jean Améry und Primo Levi an, um zu belegen, wie die Opfer schließlich zu Tätern geworden seien. Die Shoa, das dominierende Gründungsnarrativ des jüdischen Staates, sei von israelischen Regierungen fortan missbraucht worden, um ihre Gewaltbereitschaft zu legitimieren.

Mit großem Wissen schreibt der Autor über jüdische Geschichte und Kultur, zeichnet detailreich die Politik des jungen jüdischen Staates nach. Oft ist Mishras Kritik zutreffend: Etwa, wenn er auf die „Tauschstruktur“ der frühen deutsch-israelischen Beziehungen hinweist – Waffen gegen Rehabilitation – oder den jüngsten Umgang mit israelkritischen Kulturschaffenden hierzulande moniert. Doch Mishra lässt auch Aspekte unerwähnt: Der These etwa, dass die bedingungslose Solidarität der Deutschen zu Israel jede Kritik ausschließe, widerspricht der „stille“ Waffenboykott 2024. Dass Deutschland auch neben der EU größter Geber des von Israel aufgrund des Verdachts der Unterwanderung durch die Terrororganisation Hamas verbotenen Palästinenserhilfswerk UNRWA ist, stellt ebenso die Kritik der einseitigen Parteinahme in Frage. So entsteht ein schwarz-weiß gezeichnetes Bild des Konflikts und seiner Beteiligten: Die Rollen der Schuldigen sind klar verteilt, die Hamas und der sie unterstützende Iran bleiben dabei seltsam unterbelichtet.

Sandra Schmid



Pankaj Mishra: Die Welt nach Gaza. S. Fischer, Frankfurt/M. 2025; 304 S., 25,00 €

KURZ REZENSIIERT

Der Schmelztiegel der palästinensischen Identität

Es brodelte in den 1930er Jahren in Palästina – jenem Gebiet, das Großbritannien nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs als Mandatsgebiet des Völkerbundes beherrscht und verwaltet. Der Ruf der arabischen Bevölkerung nach einem Ende der britischen Herrschaft und nach Unabhängigkeit wird lauter. Ihr Widerstand gegen die Einwanderung von Juden aus Europa, die vor allem im Zuge der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland dramatisch ansteigt, wird stärker.

1936 eskalieren die Konflikte: Es kommt zu Gewalttaten gegen die jüdische Bevölkerung, der Mufti von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini, gründet das Arabische Hochkomitee und ruft zum Generalstreik auf. Die Briten wiederum entsenden zusätzliches Militär nach Palästina und bilden jüdische Hilfspolizisten aus und bewaffnen sie, um den Aufstand zu zerschlagen. Am Ende steht ein blutiger Guerillakrieg, der auch zwischen Teilen der arabischen Landbevölkerung und den arabischen Eliten des Landes ausgetragen wird. Die Geschichte des arabischen Aufstandes und seiner Folgen erzählt der Journalist und politische Analyst Oren Kessler in seinem informativen und spannend geschriebenen Buch „Palästina 1936“. Aus der Sicht eines guten Dutzends jüdischer, arabischer und britischer Protagonisten vermittelt Kessler anschaulich die Konfliktlinien und ein ausgewogenes Verständnis für die Sichtweisen der beteiligten Parteien. Und er legt die Wurzeln des bis heute tobenden Nahostkonfliktes frei.



Oren Kessler: Palästina 1936. Der große Aufstand und die Wurzeln des Nahostkonfliktes. Hanser, München 2025; 384 S., 28,00 €

Die Bilanz des Aufstandes und seiner Niederschlagung war erschütternd: Etwa 500 Juden waren getötet worden, die Briten hatten 250 Todesopfer zu beklagen. Den größten Blutzoll hatten aber die Araber selbst mit 5.000 bis 8.000 Toten zu entrichten. Etwa 2.000 Häuser waren zerstört, die arabische Wirtschaft lag in Trümmern und rund 40.000 Menschen waren aus dem Land geflohen.

Einerseits sei der Aufstand von 1936 „der Schmelztiegel“ gewesen, „in dem die palästinensische Identität geschmiedet wurde“, konstatiert Kessler. Auf der anderen Seite habe er das soziale Gefüge der arabischen Bevölkerung zerschlagen, Extremisten anstelle von Pragmatikern auf den Plan gerufen und das arabische Palästina so nachhaltig geschwächt, dass es ein Jahrzehnt später angesichts der Gründung Israels noch immer „gelähmt“ gewesen sei. Auf zionistischer Seite wiederum hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich ein eigener Staat wohl nur mit der Waffe in der Hand realisieren lässt. So wird der arabische Aufstand auch zur Keimzelle für den jüdischen Terror vor der Staatsgründung.

aw

KURZ REZENSIIERT

Der Aufstieg der »Partei Gottes« zum Staat im Staat

Zu den wichtigsten Mitgliedern der „Islamischen Weltrevolution“ und der schiitischen „Achse des Widerstands“ zählt die Bewegung „Hisbollah“, die „Partei Gottes“. Auch wenn diese Organisation immer wieder in unseren Nachrichtensendungen an prominenter Stelle erscheint, findet sich zu ihr im deutschsprachigen Raum wenig Informatives auf dem Buchmarkt, es sei denn, man greift zu wissenschaftlichen Publikationen. Diese Lücke schließt jetzt auf hervorragende Weise das informative und gut lesbare Buch von Joseph Croitoru. Bekannt geworden ist der in Haifa geborene und in Deutschland lebende Historiker unter anderem mit seinen Publikationen über die palästinensische Terrororganisation Hamas.

Kleinere schiitische Gruppen im Libanon bildeten die Vorläufer der Hisbollah, zu den größeren gehörte die konkurrierende pro-iranische AMAL-Miliz. Entscheidend für die weitere Entwicklung war, dass die libanesischen Schiiten die Islamische Revolution 1979 im Iran unterstützt hatten. Sie teilten die Ideen der „Islamischen Weltrevolution“ sowie deren Pläne zur „Befreiung Palästinas“ und zur Vernichtung des verhassten „zionistischen“ Staates Israel. Sachkundig beschreibt Croitoru die ideologischen und organisatorischen Entwicklungen, die die Hisbollah seit ihrer Gründung 1982 bis heute durchlief. Pate stand die Islamische Republik Iran, die der „Partei Gottes“ mit geheimdienstlichen Informationen und militärischen Aktionen half. Die Politisierung der libanesischen Schiiten führte zu einem



Joseph Croitoru: Die Hisbollah. Irans Schattenarmee vor den Toren Israels.

C.H. Beck, München 2024; 183 S., 18,00 €

wachsenden Einfluss der paramilitärischen Hisbollah auf das politische Geschehen im Land. Seit den 1990er-Jahren bildete sie einen Staat im Staat, übernahm die politische, militärische und administrative Macht im Süden Libanons und überzog von dort das benachbarte Israel mit zahllosen Raketenangriffen. Vergeltungsschläge folgten. Daraufhin proklamierte „Die Partei Gottes“ den Märtyrerkrieg gegen Israel und betrieb Interessenpolitik im Sinne Irans und Syriens. Dass sie die eigene Bevölkerung damit massiven Gefährdungen aussetzte, schien sie nicht weiter zu bekümmern. Überzeugend legt der Autor dar, wie die Anführer der Hisbollah Israel so lange mit Raketenangriffen provozierten, bis Jerusalem diverse Bodenoffensiven startete. Abschließend schildert Croitoru, wie der Sturz des syrischen Diktators Assad sowie die ausbleibende Militärhilfe aus Russland und Iran zur militärischen Niederlage der Hisbollah führten. Nunmehr besteht zumindest die Chance, dass der 40 Jahre andauernde Krieg zwischen Irans Schattenarmee und Israel beendet werden könnte.

manu

Friedrich Merz im Porträt

Der Eigensinnige

Wie tickt der voraussichtlich nächste Kanzler der Bundesrepublik? Die Journalisten Volker Resing und Sara Sievert zeichnen den Weg des Christdemokraten nach und geben Antworten



Auf dem Weg ins Kanzleramt: Friedrich Merz auf dem CDU-Parteitag am 3. Februar in Berlin. © picture-alliance/Geisler-Fotopress/Bernd Elmenthaler

Seit Friedrich Merz im Jahr 1989 durch den Einzug ins Europäische Parlament erstmals ein gewähltes Mandat wahrnahm, ist er kein Unbekannter. Nun schickt sich der Christdemokrat nach jahrelangen Etappen im Bundestag und in der Wirtschaft an, mit 69 Jahren ins Kanzleramt zu wechseln – und dennoch fragt man sich: Wer ist Friedrich Merz wirklich? Wer ist der Mann, der die deutschen Regierungsgeschäfte wahrscheinlich übernehmen wird?

Zwar redet er meist Klartext, man hört ihm unweigerlich zu. Nur ist Merz zuweilen nicht leicht einzuordnen. Einerseits schickte er Anfang Februar eine unmissverständliche Absage an die AfD: „Es gibt keine Zusammenarbeit, es gibt keine Minderheitsregierung, gar nichts.“ Drei Wochen später polterte er im Wahlkampfabschluss in die andere Richtung: „Links ist vorbei!“, rief er, keine linke Politik gebe es mehr in Deutschland. Und er kündigte eine Politik an, für „die Mehrheit, die gerade denken und auch noch alle Tassen im Schrank haben!“ Das lässt schon darüber rätseln, wie Merz tickt, was ihn leitet und antreibt.

Einblicke in Merz' Persönlichkeit und die Welt der CDU

Zwei aktuelle Bücher versuchen, den Sauerländer zu ergründen und bieten auch Aufschluss. Echte Biografien sind es nicht, eher journalistische Begleitberichte. Aber sie tauchen ein in die Welt der CDU, die Merz erzog, und sie geben Einblick in seine Persönlichkeit, beleuchten seinen inneren Kompass. Dabei ergänzen sich Sara Sieverts „Der Unvermeidbare“ und Volker Resings „Friedrich Merz – sein Weg zur Macht“: Sievert konzentriert sich auf die letzten Jahre seit 2018 und beschreibt dicht, wie sich der eigentliche Polit-Ausstieger nach dem angekündigten Rückzug Angela Merkels vom Parteivorsitz eben jenen in mehreren Anläufen sicherte, die Unionsfraktion im Bundestag übernahm und erfolgreicher Spitzenkandidat wurde. Resing dagegen holt weiter aus und nimmt den Leser an die Hand zu einem historische angelegten Streifzug zu den Lebenswelten von Merz. Denn vielseitig ist der Mann aus Brilon durchaus.

So erfährt der Leser vom Vater, der als Richter in der US-Besatzungszone NS-Prozesse durchführte – und dass Merz Junior die Akten studierte. Resing schildert die emotionale, durchaus harmoniebedürftige Seite des Unionspolitikers, der schon zu Jugendzeiten leidenschaftliches Diskutieren liebte, bei seinem Einzug in den Bundestag 1994 gleich in den Finanzausschuss kam, bei seiner ersten Rede im Plenarsaal zwei Zwischenfragen zuließ und in ihr vor einem Rückfall in Nationalismen in Europa warnte.

Merz gehörte nicht zum Andenpakt und stand an Merkels Seite

In der Post-Kohl-Ära der CDU positionierte sich Merz noch als Unterstützer Angela Merkels und gesellte sich anfangs nicht zum damaligen CDU-Jungmännerbund „Andenpakt“. Merkel und er „gehörten zusammen zu denen, die an der Neujustierung arbeiteten und die ‚braune Jauche‘ von der Union fernhalten wollten“, schreibt Resing mit Blick auf den damaligen Abgeordneten Martin Hohmann, der später bei der AfD landete und zeigte, dass die CDU ihre rechte Flanke bereits vor Merkels Kanzlerschaft geöffnet hatte.

Der Leiter des Innenpolitik-Ressorts beim Magazin „Cicero“ skizziert, wie der damalige CDU-Parteichef Wolfgang Schäuble Merkel und Merz förderte, was auf eine Machtentscheidung hinauslaufen musste und welche durch Merkels Coup beantwortet wurde, als sie sich in Absprache mit CSU-Chef Edmund Stoiber für die Zusicherung seiner dann nicht erfolgreichen Kanzlerkandidatur 2002 in jedem Fall den Fraktionsvorsitz sicherte; den hatte gerade Merz inne

– damals scheiterte er nicht nur an Merkel, sondern auch an der Partei. Es zeigt, dass Merz nie ein echter Netzwerker war, seltener als andere zum Telefon griff und stattdessen auf seine Rhetorik setzte. Erst später entwickelte sich Merz zum Antipoden der Kanzlerin, in dem Konservative und Marktliberale „ihren“ Mann sahen; der dann in die Wirtschaft abwanderte und immer wieder gebeten worden war, zurückzukehren. Andere aber, das wird durch die Lektüre klar, wurden in der CDU nie mit ihm warm.



Volker Resing:
Friedrich Merz.
Sein Weg zur Macht.

Herder,
Freiburg 2025;
224 S., 22,00 €

Manchem in Resings Buch mangelt es an kritischer Distanz. Die Seelenlage der CDU in den vorigen Siebzigern und Achtzigern wird zwar eindrücklich ausgeleuchtet, die Neunziger aber als „Triumph, Katerstimmung und Saturiertheit“ zu beschreiben, trifft zumindest auf Ostdeutschland kaum zu. Auch kanzelt Resing die Kritiken an Merz wegen seiner vielen Wirtschaftsmandate als „Ressentiments“ und „Unterstellung“ ab, fragt aber nicht nach dem Zeitmanagement des Volksvertreters im Schatten seiner zahlreichen Jobs in den Nullerjahren. Auch der von Merz als CDU-Chef betriebene Umbau des Parteiapparats wird eher ungeprüft referiert – das eine oder andere Nachhaken hätte genutzt.

Das Wahldesaster von 2021 und die Querschüsse aus der CSU

Schon im Umschlagtext verdeutlicht Sievert hingegen einen kritischeren Umgang mit Merz: „Nicht nur, weil die anderen besser waren als er“, schreibt sie mit Blick auf seine beiden erfolglosen Kandidaturen für den Parteivorsitz, „sondern auch, weil Merz lange nicht ausreichend überzeugt hat, die Partei nicht mehr kannte“. Die Chefredakteurin bei „t-online“ beschreibt, wie sich die CDU schließlich hinter Merz auch aus Angst vor einer Wiederholung des Wahldesasters im Jahr 2021 versammelte, als Querschüsse aus der CSU dem Spitzenkandidaten Armin Laschet schadeten. Sie zeichnet nach, wie sehr Bayerns Ministerpräsident



Sara Sievert:
Der Unvermeidbare.
Ein Blick hinter die
Kulissen der Union.

Rowohlt,
Berlin 2025;
256 S., 24,00 €

Markus Söder versuchte, anstatt Merz Spitzenkandidat der Union für die letzte Bundestagswahl zu werden, aber diesen Machtkampf verlor. Sievert schildert, wie sich Merz in der CDU alternativlos machte. Die Programmarbeit unter dem neuen Generalsekretär Carsten Linnemann bewertet sie mit Humor: „Für einen kurzen Moment könnte man denken, dass die CDU jetzt eine Programmpartei ist.“ Bei Sievert etwas kurz kommen die Datierungen, das erschwert dem Leser die Orientierung. Wer ist er nun also, der mögliche neue Kanzler? Sievert: „Der Sauerländer ist insofern authentisch, als dass man ihm in den allermeisten Fällen anmerkt, wenn er auf etwas keine Lust hat.“ Und Resing: „Vor allem ist er nicht so berechenbar. In seiner Eigenständigkeit und Eigensinnigkeit erinnert er mehr an Gerhard Schröder als an Angela Merkel.“ Jan Rübel

Das Geschichtsbild der extremen Rechten

Im Kampf gegen das westliche Wertesystem

Volker Weiß entschlüsselt in »Das deutsche demokratische Reich« überzeugend die Umdeutung der Geschichte des 20. Jahrhunderts

Dass Hitler ein Kommunist gewesen sein soll, wie Alice Weidel gegenüber Elon Musk behauptete, ist ein Beispiel für propagandistisches Framing. Mit solchen surrealen Aussagen hatte die AfD-Kanzlerkandidatin beste Chancen, die Aufmerksamkeit der Medien und der Wähler zu erregen. Die Umdeutung der Geschichte gehört zum gängigen Repertoire der modernen autoritären, rechtspopulistischen und nationalistischen Bewegungen. Dies belegen auch die zahlreichen Äußerungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin, der sich als Verteidiger des Vaterlandes gegen die „ukrainischen Nazis“ aufspielt, die angeblich von einem „faschistischen Putschisten-Regime“ in Kiew angeführt werden.

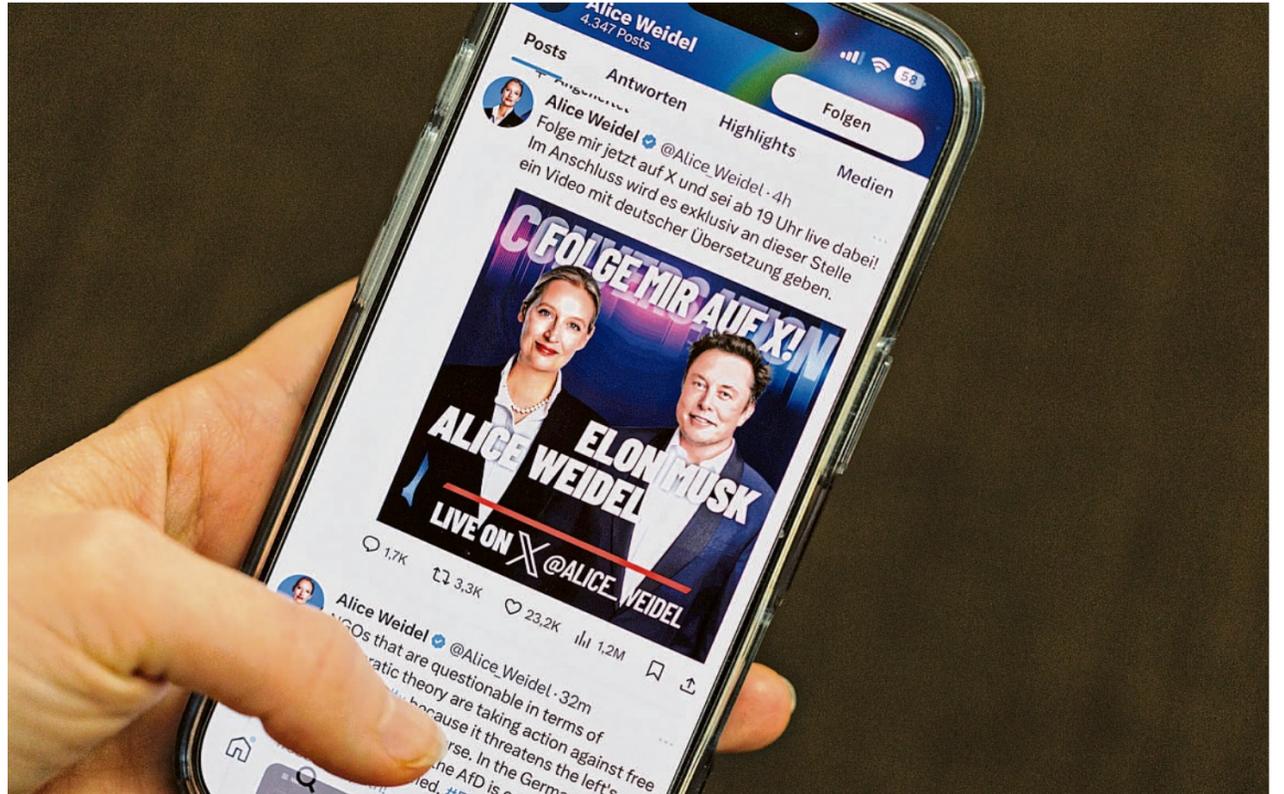
Um die Gegenwart politisch „umzudekorieren“, greift die extreme Rechte tief in den Fundus der Nationalgeschichten. Das zeigt der Publizist und Historiker Volker Weiß in seiner exzellent recherchierten und gut strukturierten Analyse „Das deutsche demokratische Reich“. Ein vielsagender Titel. Volker Weiß gehört zu den meinungsstarken deutschen Autoren und wurde 2017 einem größeren Publikum durch seine Studie „Die autoritäre Revolte“ bekannt. Darin schilderte er die Entstehungsgeschichte der Neuen Rechten und analysierte die Entwicklung des modernen autoritären Populismus in Deutschland und in Europa.

Das Narrativ von der DDR als preußischem Ordnungsstaat

Welche Themen und Begriffe greift die extreme Rechte auf, um die Bevölkerung zu manipulieren? Welchem Leitbild folgt ihre historisch-fiktionale Generierungszählung? Und was ist der Grund für diese Geschichts-umschreibung? In seinem aktuellen Buch entlarvt Weiß die Neuinterpretation der deutschen Geschichte seit der Nazi-Herrschaft über die DDR bis zur aktuellen Deutung der Geopolitik als Konstrukt der Rechten. Dazu stellt er seinen Lesern jene Autoren wie etwa Jürgen Elsässer vor, die ihr rechts-extremes Gedankengut zuerst in eigenen Publikationen präsentierten, um später von AfD-Politikern in eine

Geschichtsverständnis der AfD: In ihrem Gespräch mit Elon Musk erklärte Alice Weidel die Nationalsozialisten und Adolf Hitler zu Kommunisten.

© picture alliance/dpa/Matthias Balk



breite Öffentlichkeit getragen zu werden. So gelang es ihnen, ein „verstörendes Phänomen der antikommunistischen DDR-Nostalgie“ zu kreieren, betont Weiß. Der AfD gelinge es so, Elemente der repressiven DDR-Gesellschaft positiv umzudeuten und das Erbe des Aufstands von 1989 mit der Parole „Wir sind das Volk“ zu okkupieren. „Die eingefleischten Antikommunisten“ framteten die DDR zum preußischen Ordnungsstaat und zum Land der verlorenen deutschen Tugenden um.

Zur späten Liebe der Rechten gehört neben der DDR auch die Umdeutung der sozialistischen Sowjetunion zu einer modernisierten Form des russischen Reiches, das unter Putin gegen den destruktiven Globalismus die wahren konservativen Werte verteidige. Weiß erklärt, warum die Rechten den deutsch-russischen Beziehungen und dem Krieg Russlands gegen die Ukraine im Vergleich zu anderen

Themen eine überproportional hohe Bedeutung beimessen. Der Historiker zeigt, dass bei der deutschen Rechten ein doppeltes Russlandbild existiert: Zum einen beschwören sie das rassistische Bild von der „asiatischen Bedrohung“, zum anderen setzen sie ihre Hoffnung auf Russland „als Geburtshelfer für die Abnabelung vom Westen“. Mit Putin und seinem Außenminister Sergei Lawrow könnte man auch sagen: Es geht um den ewigen Kampf gegen die „Anglo-Sachsen“ und ihr liberales Wertesystem. Auch der russische Geschichtsrevisionismus in Bezug auf die Rolle Polens beim Ausbruch des Zweiten Weltkriegs leistet der extremen deutschen Rechten wertvolle Dienste. Es helfe der Rechten, „Deutschland von der maßgeblichen Verantwortung für die zwei Weltkriege zu befreien“, meint der Autor. Die AfD übernahm von Anfang an Putins Narrativ mit Blick auf den

Ukraine-Krieg und bekämpfte im Bundestag die Russland-Sanktionen und die Hilfsmaßnahmen für die Ukraine, darunter die Aufnahme der Flüchtlinge.

Putins Dank an die AfD für deren Kurs im Ukraine-Krieg

Der russische Präsident revanchiert sich, indem er die AfD in Interviews und Pressekonferenzen regelmäßig positiv erwähnt. Die AfD sei die einzige Volkspartei in der Bundesrepublik, die die wahren Interessen Deutschlands vertrete und nicht das Volkvermögen an die ukrainische „Nazi-Regierung“ verpulvere. Moskau ließ die deutschen Wähler wissen, bei der AfD handele es sich nicht um eine rechtsextreme Partei. Auch für den innerrussischen Markt war die AfD-Kritik an der Berliner Ampel-Regierung wegen ihrer Unterstützung der Ukraine bestens geeignet.

Eindringlich warnt Volker Weiß vor einer grassierenden Geschichtslosigkeit, die von der extremen Rechten genutzt werde, die erinnerungspolitische Selbstkritik als repressiven Akt abzustempeln und sich selbst „mit dem Gestus des Widerstandes“ zu präsentieren. Sein empfehlenswertes Buch ist ein wertvoller Beitrag, die Umdeutungen von Geschichte und Gegenwart zu entschlüsseln und ihrer politischen Ausbeutung entgegenzutreten.

Aschot Manutscharjan



Volker Weiß: Das deutsche demokratische Reich. Wie die extreme Rechte Geschichte und Demokratie zerstört.

Klett-Cotta, Stuttgart 2025; 288 S., 28,00 €

Anzeige

KURZ REZENSIIERT

Gleiche Rechte, ungleiche Macht

Trotz über 100 Jahren Frauenwahlrecht sind die Machtverhältnisse in der deutschen Politik nach wie vor ungleich. Doch nicht nur Frauen, sondern auch Menschen mit Migrationsbiografie, Beeinträchtigungen oder ostdeutscher Herkunft sind in Parlamenten und Führungspositionen weiterhin unterrepräsentiert. Warum ist das so? Welche strukturellen Hindernisse stehen einer echten Gleichberechtigung im Weg? Diesen Fragen widmet sich das Buch „Zu anders für die Macht“, herausgegeben von Tannaz Falaknaz, Stefanie Lohaus und Cécile Weidhofer.



Tannaz Falaknaz, Stefanie Lohaus, Cécile Weidhofer: Zu anders für die Macht?

Herder, Freiburg 2025; 240 S., 22,00 €

– und dennoch bleiben sie nach wie vor ungelöst.

Die Herausgeberinnen fordern: „Die Demokratie muss sich weiterentwickeln, um wirklich inklusiv zu sein“. Diversität solle als Bereicherung und nicht als Bedrohung wahrgenommen werden. Ein wichtiger Ansatz, denn trotz Fortschritten bleibt die Tatsache bestehen: „In keinem deutschen Parlament sind Frauen seit 1919 ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend vertreten.“ Die Vielfalt der Stimmen macht das Buch lesenswert. Es kommen unter anderem Heike Heubach (SPD), die erste

gehörlose Abgeordnete im Bundestag, oder Tessa Ganserer (Bündnis 90/Die Grünen), eine der ersten Transfrauen im Parlament, zu Wort. Auch Rita Süsmuth (CDU), ehemalige Bundestagspräsidentin, teilt ihre Erfahrungen und zeigt, dass sich die Probleme über Jahrzehnte nur langsam verändert haben. Durch die verschiedenen Stilformen – Essays, Interviews, Erfahrungsberichte – bleibt das Buch abwechslungsreich und zugänglich. Allerdings gibt es einige inhaltliche Wiederholungen: Dass Frauen seit 1918 das Wahlrecht besitzen oder die Gründe für die Unterrepräsentation werden mehrfach erwähnt. Für alle, die sich für politische Gleichberechtigung und gesellschaftliche Herausforderungen interessieren, bietet das Buch eine Bestandsaufnahme. Wer bereits politisch aktiv ist, wird wenig Neues erfahren – umso relevanter ist es jedoch für Männer und besonders jene, die politische Strukturen dominieren und verändern können. Dennoch dokumentiert „Zu anders für die Macht“ anschaulich: Politische Teilhabe ist bis heute keine Selbstverständlichkeit.

Carolin Hasse

Alles Wichtige aus dem Bundestag – seit 1951



Testen Sie „Das Parlament“ vier Ausgaben kostenlos.



Welche Rolle Kinder und Familien in unserer Gesellschaft spielen

Unverzichtbare Außenseiter

Kinder sind zahlenmäßig in der Minderheit und auch ihre Familien als Wählergruppe zu klein. Deshalb spielen ihre Belange in der Gesellschaft eine untergeordnete Rolle. Dies kritisieren zwei Bücher auf sehr erhellende Weise und fordern ein Umdenken – für die Zukunft

Es ist seit dem ersten PISA-Schock 2001 regelrecht eine alte Leier: „Wir müssen mehr in die Bildung investieren und dafür sorgen, dass Herkunft nicht mehr über den Bildungserfolg entscheidet.“ Das Ergebnis: Seit Jahren sinkende Kompetenzen schon der Viertklässler und steigende Zahlen von Schulabbrechern. Der Handlungsbedarf ist akut. In der Debatte taugt er aber leider zu oft nur für den kurzen Skandal, dann verschwindet das Thema schnell wieder.

Um so besser, dass es nun zwei Bücher gibt, die hier den Finger in die Wunde legen und Lösungsansätze formulieren. „Kinder. Minderheit ohne Schutz“ tut dies sehr sachlich und soziologisch fundiert. Den drei Autoren, allesamt Professoren für Soziologie und Politikwissenschaften, gelingt ihre Analyse in einem so bemerkenswert unakademisch lockeren Tonfall, dass man dieses Buch problemlos mit an den Strand nehmen kann – und mit einem großen Erkenntnisgewinn wieder nach Hause geht.

Es analysiert zunächst in einer Art Grundkurs Soziologie, wie es in der Arbeitsteilung moderner Gesellschaften dazu kommen konnte, dass Kinder eine Außenseiterrolle einnehmen und wie die demografische Entwicklung diesen Umstand dramatisch verstärkt – gesellschaftlich und im Hinblick auf politische Teilhabe. Auch Eltern würden in der modernen Gesellschaft im beruflichen und gesellschaftlichen Leben, faktisch überall außerhalb der Familie, weitgehend wie kinderlose Erwachsene behandelt, weshalb der Alltag von Eltern und Kindern eine ständige Herausforderung sei, schreiben die Autoren. Diese, so die mit Studien unterfütterte, traurige Erkenntnis, gelinge immer mehr Familien immer schlechter. Überfordert seien aber nicht nur Familien im Spagat zwischen Arbeits- und Familienzeit. Überfordert seien auch die für Kinder zuständigen Institutionen wie Kitas und Schulen.



Die Bruttowertschöpfung der unbezahlten Care-Arbeit innerhalb von Familien liegt bei knapp 990 Milliarden Euro jährlich.

© picture-alliance/dpa

Das ist freilich keine neue Erkenntnis, weshalb sich die Autoren damit auch nicht lange aufhalten, sondern stattdessen fragen: Was brauchen Kinder? Was brauchen Familien? Und wie sollten die Bildungsinstitutionen ausgestattet sein, um den Herausforderungen gerecht zu werden? Das Wohltuende an der Analyse: Sie ist keine Anklage, sondern an Lösungen orientiert, sie denkt von den Bedürfnissen der Kinder aus. Und die sind nicht unerfüllbar: Sie brauchen, erstens, eine Familie, die Zeit hat. In den Niederlanden zum Beispiel sei es sehr verbreitet, dass beide Eltern ihre Arbeitszeit so reduzieren, dass mehr Zeit für die Familie bleibe und steuerlich auch keine Nachteile aus diesem Modell entstünden. Es steigere statistisch messbar das Wohlbefinden aller Kinder, wenn die Familie regelmäßig zusammen esse, so die Autoren. Und weil es ihnen nicht darum geht, Generationen gegeneinander auszu-

spielen, sehen sie in den Senioren ein wichtiges Potenzial dafür, „dass Kinder mit ihnen verbundenen Erwachsenen (auch außerhalb der Familie) regelmäßig die richtigen Dinge tun können, bei denen sie wichtige Erfahrungen für ihr Leben machen“. Neben der Familie, die Zeit hat, entscheiden, zweitens, die Erfahrungen in Kitas und Schulen über das Wohlbefinden. Sind dies Orte, an denen Kinder sich gesehen und wertge-

schätzt fühlen, geht es ihnen messbar besser. Aber wie sollen sie gesehen werden, wenn 31 Schüler in einer Klasse sitzen? Da Kinder sehr viel Zeit in der Schule verbringen, sei es nötig, diese „zu einer Lebenswelt umzugestalten, die endlich gut für Kinder und ihre Gesundheit ist“, fordern die Autoren. Kitas und Schulen könnten „multifunktionale Orte“ in diesem Sinne sein, wenn die Prioritäten anders gesetzt würden.

Ein anderer Ansatz, aber die Kritik ist die gleiche

Schon der Titel „Die Kinderwüste. Wie die Politik Familien im Stich lässt“ zeigt, dass der Journalist Stefan Schulz einen anderen Tonfall anschlägt. Die Kritik ist freilich dieselbe: Politisch müssten sich die Belange von Familien stets anderen, vermeintlich wichtigeren Belangen unterordnen. Dies verkenne aber deren

Rolle für die Zukunftsfähigkeit eines Landes, schreibt Schulz.

Sein Buch ist eher ein, manchmal polemischer, Essay, der schon mit der Forderung beginnt, das Familienministerium abzuschaffen. Begründung: Dort werde keine Politik für Familien, sondern letztlich für Arbeitgeber gemacht, die wollen, dass ihnen die Arbeitskraft der Eltern möglichst umfassend zur Verfügung steht. Das ist zweifellos ein Einwand, über den man nachdenken kann.

Er rechnet vor, welche enorme Bruttowertschöpfung die Care-Arbeit in Familien jedes Jahr erwirtschaftet, und wie wenig sie dafür von der Gesellschaft zurückbekommen. Seine Lösung des Problems fängt bei einer anderen Steuerpolitik an, geht über zu konkreten Familienleistungen, um Köche und Putzhilfen zu bezahlen, bis hin zu mehr Investitionen in Ganztagsbetreuung. „Wir brauchen ein neues Nachdenken über Familien als vielleicht wichtigsten Teil der modernen Gesellschaft“, so Schulz.

Auch er konstatiert also eine Überforderung, streift dabei jedoch so viele Aspekte, von der sinkenden Geburtenrate, über das Scheitern der Kindergrundsicherung und die Erfindung der romantischen Liebe bis zur Familienpolitik in Russland, das der rote Faden beim Lesen mitunter verschwindet. Aber er taucht dann auch wieder auf: Familie kann mehr sein als die traditionelle Kernfamilie und sollte auch jenseits davon mehr Unterstützung erfahren. Claudia Heine



Aladin El-Mafaalani,
Sebastian Kurtenbach,
Klaus Peter Strohmaier:
**KINDER
MINDERHEIT
OHNE SCHUTZ.**

Kiepenheuer & Witsch,
Köln 2025;
278 S., 24,00 €



Stefan Schulz:
**Die
Kinder
Wüste
Wie die Politik
Familien
im Stich lässt**

Hoffmann und Campe,
Hamburg 2025;
160 S., 22,00 €

Globales Bevölkerungswachstum

Der exponentielle Trend ist gestoppt

Dana Schmalz beschreibt die Folgen des Alarmismus in der Demografie – und gibt für die Zukunft Entwarnung

Spätestens zu Beginn des 22. Jahrhunderts, sagen neuere Extrapolationen voraus, dürfte die Zahl der Erdbewohner sinken. Die Versorgung von dann rund zehn Milliarden Menschen mit Nahrungsmitteln ist durch Fortschritte in der Landwirtschaft gut gesichert. Trotz starker Ungleichgewichte und Katastrophen vor allem im subsaharischen Afrika haben sich frühere „Hungerprognosen“ als weitgehend falsch herausgestellt. So besehen gibt es gute Gründe für die entspannte Betrachtung eines Themas, das aber vor allem in den 1960er und 1970er Jahren als bedrohliches Szenario diskutiert wurde.

Dana Schmalz, Referentin am Heidelberger Max-Planck-Institut für ausländisches Recht und Völkerrecht, analysiert, wie „die Sorge vor zu vielen Menschen Politik beeinflusst“. Ihr zufolge nutzen manche Regierungen bis heute das „Bevölkerungsargument“, so der etwas umständliche Buchtitel, um zum Beispiel die reproduktiven Rechte von Frauen einzuschränken. Auch rechtspopulistische Kreise verweisen häufig auf angeblich zu hohe Geburtenraten anderswo. Soziale und verteilungspolitische Probleme werden auf ein übermäßi-

ges Bevölkerungswachstum in entfernten Weltregionen zurückgeführt, das reicht bis zur rassistischen Verschwörungstheorie vom „großen Austausch“. Die „Verdächtigung der Unerwünschten“, so eine Kernthese der Autorin, bilde den latenten Hintergrund vieler Kontroversen um das Thema Migration.

Rapides Bevölkerungswachstum in Europa ab 1800

Alarmismus in demografischen Prognosen ist nichts Neues. Schon 1798 schrieb Thomas Malthus seinen berühmten „Essay on the principle of population“. Der britische Pfarrer und spätere Professor für Ökonomie machte pauschalisierend „die Armen“ für das Bevölkerungswachstum verantwortlich, diese hätten einfach zu viele Kinder. Das Privatleben der Menschen moralisch zu bewerten und zu verurteilen wurde im 19. Jahrhundert zu einem weit verbreiteten Deutungsmuster – und der Prediger Malthus damit zu einer zentralen Figur der sich etablierenden Wissenschaft von der Demografie.

Die diesen Diskurs prägende „Unruhe“, wie Dana Schmalz es nennt, hat-

te handfeste Ursachen. Bessere Lebensbedingungen durch die Industrialisierung sowie der medizinische Fortschritt bewirkten ein rapides Sinken der Kindersterblichkeit. Die Bevölkerung weltweit, die im Mittelalter und auch noch zu Beginn der Neuzeit relativ konstant geblieben war und zudem immer wieder durch Seuchen wie die Pest dezimiert wurde, wuchs ab ungefähr 1800 rasant – anfangs vor allem im vergleichsweise reichen Europa der Kolonialmächte.

Schmalz liefert dazu anschauliche Statistiken: In England und Wales stieg die Zahl der Einwohner im Laufe des 19. Jahrhunderts von knapp neun auf 32 Millionen. Deutschlands Bevölkerung nahm im selben Zeit-

raum von 18 auf 55 Millionen zu. Diese Beispiele sind umso bemerkenswerter, weil allein von 1850 bis 1913 rund 40 Millionen Europäer nach Amerika emigrierten.

Die ersten Einwanderungsgesetze zur rassistischen Steuerung der Migration erließen nicht zufällig die Siedlerkolonien in Nordamerika und Australien. Willkommen waren dort vorrangig nordische Nationen wie Briten, Deutsche oder Skandinavier. Italiener, Osteuropäer und erst recht Asiaten und Afrikaner – wenn sie nicht zuvor als Sklaven verschleppt worden waren – sollten draußen bleiben.

Afrika ist der am schnellsten wachsende Erdteil

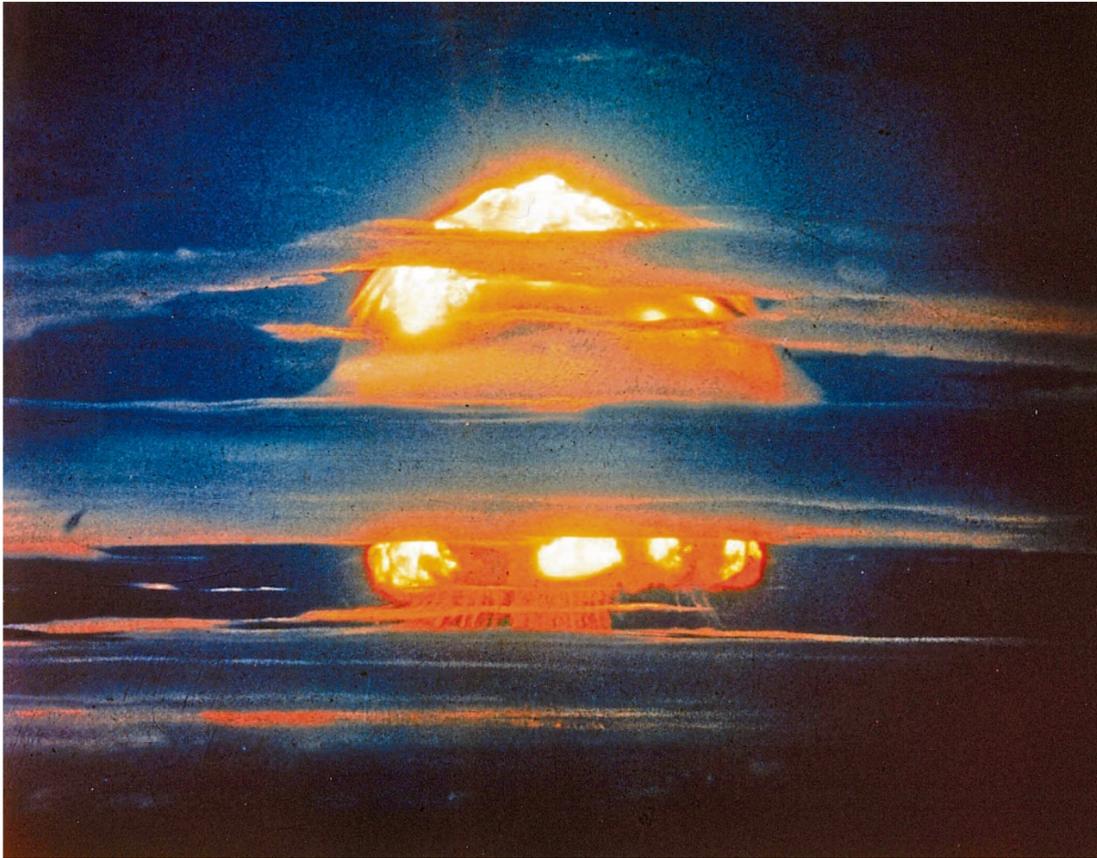
„Nicht nur das Wachstum der Weltbevölkerung insgesamt, sondern besonders die regionalen Verschiebungen machten Bevölkerungsfragen zu einem so intensiv diskutierten Thema“, resümiert Schmalz. Das gilt erst recht für die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, die durch niedrige Fertilitätsraten in den meisten westlichen Staaten, aber weiterhin hohe Kinderzahlen im globalen Süden gekennzeichnet ist. Gemessen an der Bevöl-

kerungszahl ist inzwischen Afrika der am schnellsten wachsende Erdteil. Derzeit leben dort rund 1,5 Milliarden und damit 17,5 Prozent aller Menschen weltweit, im Jahr 2050 werden es bereits 25 Prozent sein. Mit Hinweisen auf die Zuwanderung nach Europa und auf den Klimawandel wird vor dieser Entwicklung gewarnt – und dabei vergessen, dass die afrikanischen Fluchtbewegungen überwiegend im eigenen Kontinent stattfinden und für die Erderwärmung vorrangig die Emissionen der Industriestaaten verantwortlich sind. Der exponentielle Trend bei der Weltbevölkerung nach oben ist jedoch gestoppt. Dazu beigetragen haben vor allem Maßnahmen in den beiden einwohnerstärksten Ländern weltweit, in denen zusammen alleine drei Milliarden Menschen und damit mehr als ein Drittel der Bevölkerung weltweit leben: China propagierte über Jahrzehnte die sogenannte „Ein-Kind-Politik“, die mittlerweile etwas weniger rigide praktiziert wird. Und in Indien führte eine breite Aufklärung über Verhütungsmittel und der wachsende Wohlstand zu einer Umkehrung des demografischen Trends. Thomas Gesterkamp



Dana Schmalz:
**Das Bevölkerungs-
argument.
Wie die Sorge vor zu
vielen Menschen
Politik beeinflusst.**

Suhrkamp,
Berlin 2025;
184 S., 18,00 €



Erster Atombombentest der USA auf den Marshall-Inseln im Herbst 1952.

© picture-alliance/akg-images

Roman

Faustische Forschung

In »Atom« inszeniert Steffen Kopetzky die Jagd auf den Leiter des Geheimwaffenprogramms der Nazis in der literarischen Grauzone zwischen Wirklichkeit und Fiktion

Deutschland stand im Frühjahr 1945 vor einer beispiellosen militärischen und moralischen Katastrophe. Dennoch bedeutete die bedingungslose Kapitulation am 8./9. Mai keine „Stunde Null“. Im Gegenteil: Die Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands und die Konferenz der Alliierten in Potsdam verbanden den Zweiten Weltkrieg samt seiner Vorgeschichte mit dem Kalten Krieg, der erst 1990/91 mit der deutschen Wiedervereinigung und dem Zerfall der Sowjetunion endete. Aus dieser erweiterten historischen Perspektive führt Steffen Kopetzky durch die letzten Wochen des Kriegs in Europa, bevor im August 1945 mit dem Abwurf zweier amerikanischer Atombomben über Japan der Weltkrieg einen grauenhaften Abschluss fand.

Der Spionageroman orientiert sich an angelsächsischen Vorbildern

Kopetzky's »Atom« ist ein Spionageroman und der Autor orientiert sich stilistisch an einschlägigen angelsächsischen Vorbildern; denn seine Hauptfigur ist nicht nur Physiker, sondern Agent des britischen Auslandsnachrichtendienstes MI 6. „Scientia potentia est – Wissen ist Macht!“ Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gehörte die Maxime des englischen Philosophen und Staatsmanns Francis Bacon zu den Triebfedern wissenschaftlicher Arbeit in Deutschland. Das galt vor allem für den geradezu faustischen Forschungsdrang in der Nuklearphysik. Die Zahl und die Namen deutscher Nobelpreisträger jener Zeit sprechen für sich selbst. Am Ende waren es die Ergebnisse ihrer Forschung, die die verzweifelten Hoffnungen auf „Wunderwaffen“, die Durchhalteparolen der Nazis und die Furcht ihrer Gegner nährten. Folgerichtig beginnt Kopetzky's Roman im Berliner akademischen Milieu der späten Weimarer Republik. Damals versuchten im Umfeld der Friedrich-Wilhelms-Universität junge Physiker verschiedener Länder im Auftrag ihrer Regierungen das strategische Wissenschaftspotenzial des

Deutschen Reichs aufzuklären. Die Odyssee des Helden führt vom friedlichen Wannsee durch das düstere London der ersten Kriegsjahre in die Spionagenetzwerke Lissabons. Schließlich endet sie dramatisch im Reichsprotectorat Böhmen und Mähren, dem heutigen Tschechien. Nach ihrer Besetzung im März 1939 war die ehemalige Waffenschmiede der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie zu einem der wichtigsten deutschen Rüstungszentren geworden.

In den Skoda-Werken und ihren Zulieferbetrieben herrschte ein skrupelloser Ingenieur: Hans Kammler, SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS. Er war verantwortlich für die Herstellung jener „Wunderwaffen“, die an besonders gesicherten Standorten, etwa dem thüringischen Nordhausen, unter schwersten Menschenrechtsverletzungen bis in die letzten Kriegstage produziert wurden. Hat Kammler am 9. Mai 1945 in der Nähe von Prag Selbstmord begangen? Oder hat er, wofür viel spricht, mit seinem Wissen und seiner Erfahrung bei einer Siegermacht Zuflucht gefunden?

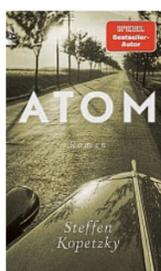
Steffen Kopetzky gilt nicht ohne Grund als Meister des sorgfältig recherchierten historischen Romans. Vor dem Hintergrund tatsächlichen Geschehens beschreibt er atemberaubend die fiktive Jagd nach dem Cheforganisator des deutschen Geheimwaffenprogramms. Souverän spielt er mit literarischen Vorbildern und macht selbst Ian Fleming, den Erfinder von James Bond, zur Romanfigur. Wie Thomas Pynchon, der legendäre Autor der amerikanischen

Postmoderne, bewegt sich Kopetzky permanent in der literarischen Grauzone zwischen Wirklichkeit und Vorstellung. Es geht ihm nicht nur um die spannende Agentengeschichte, sondern auch um die Motive und Gewissensentscheidungen seiner Protagonisten und ihrer Auftraggeber. Führten sie den Kampf gegen Nazi-Deutschland aus moralischen Erwägungen? Oder war für sie der Krieg gegen Hitler nur Teil eines weltumspannenden Kampfes um die Welt Herrschaft, in dem aus geostrategischem Kalkül der Gegner von heute bereits als hilfreicher Partner von morgen betrachtet wurde?

Kopetzky neigt zur realistischen Betrachtungsweise. Danach werden die entscheidenden Interessen und Ziele der Politik nicht in der Öffentlichkeit diskutiert, sondern als Staatsgeheimnisse im kleinsten Kreis erörtert und gehütet. Geheimdienste glauben nicht an Verschwörungstheorien, sondern sie handeln als Verschwörer. Unter strenger Geheimhaltung implementieren sie strategische Langzeitprogramme in verdeckten Operationen, deren Wirkungen sich schließlich unabhängig und unmerklich von zivilgesellschaftlichen Diskursen, internationalen Konferenzen oder parlamentarischen Legislaturperioden entfalten.

Ausblick auf das Wettrüsten der Siegermächte in den 1950er Jahren

Mit einem kurzen Epilog leitet Kopetzky über in die fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Zumindest in Umrissen wurde damals erkennbar, welche Beiträge die deutsche Forschung und die Geheimprogramme des „Dritten Reichs“ für das Wettrüsten und die atomare Vernichtungspotentiale der Siegermächte geleistet hatten. Steffen Kopetzky's überraschender Schluss lässt hoffen, dass er die Erzählung fortschreiben wird. In „Monschau“, seinem in der späten Adenauer-Zeit spielenden Erfolgsroman, schilderte er bereits einen wichtigen Abschnitt westdeutscher Geschichte mit verblüffenden Bezügen zum neuen Roman. Hans-Ulrich Seidt



Steffen Kopetzky:
Atom.
Roman.

Rowohlt Berlin,
Berlin 2025;
412 S., 26,00 €

KURZ REZENSIIERT

Der erneute und dauerhafte Griff nach dem Mond

„Der Mond ist jetzt ein Ami“, titelte die „Bild“-Zeitung am 21. Juli 1969. Einen Tag zuvor hatte der US-amerikanische Astronaut Neil Armstrong als erster Mensch den Mond betreten. Und drei Jahre nach der berühmten Apollo-11-Mission verließ am 14. Dezember 1972 mit dem ebenfalls US-amerikanischen Astronauten Eugene Cernan letztmals ein Mensch den Erdrabanten.

„Ein Ami“ war der Mond indes nie und darf es eigentlich auch nie werden. So zumindest gebietet es der internationale Weltraumvertrag von 1967, der besagt, dass der Mond „nicht nationaler Aneignung“ unterliegt. Der Raumfahrtjournalist Christoph Seidler hat jedoch gewisse Zweifel, ob diese Regelung auch in Zukunft uneingeschränkt Bestand haben wird.

In seinem aktuellen Buch „Armstrongs Erben“ zeichnet Seidler den erneuten Wettlauf zum Mond zwischen den beteiligten Mächten nach. Bereits in zehn Jahren könnte erstmals wieder ein Mensch den Himmelskörper betreten. Erneut sind es die USA, die an diesem Wettlauf, bei dem es um deutlich mehr geht als die Erforschung des Alls, mit ihrem Artemis-Programm maßgeblich beteiligt sind. An ihrer Seite stehen diesmal aber auch die Europäer und vor allem private Raumfahrtunternehmen wie etwa SpaceX des Tech-Milliardärs Elon Musk. Ebenfalls in den Club der potenten Raumfahrtnationen, die begehrlche Blicke auf den Mond werfen, sind auch die Volksrepublik China und Indien aufgerückt. Seidler erzählt diese spannende Geschichte in drei große Kapiteln. Zunächst wirft er einen Blick zu-



Christoph Seidler:
Armstrongs Erben.
Was der neue
Kampf der Super-
mächte um den
Mond für uns be-
deutet.

Piper,
Berlin 2025;
332 S., 22,00 €

rück auf jenen berühmten Wettlauf zum Mond in den 1960er Jahren zwischen den USA und der Sowjetunion, die aber trotz großer Anfangserfolge – erster Satellit und erster Mensch im All – aufgrund strategischer Fehlentscheidungen ins Hintertreffen gerät.

Im zweiten Teil nimmt er sich ausgiebig Zeit dafür, all die technischen Voraussetzungen für eine bemannte Mondfahrt, die Einrichtung einer dauerhaften Raumstation im Orbit des Mondes und Einrichtungen auf der Oberfläche anschaulich zu beschreiben und mit den aktuellen Fortschritten und Rückschlägen abzugleichen. Und er tut dies so, dass Laien dies problemlos nachvollziehen können. Das macht Seidlers Buch zur perfekten Einstiegslektüre in das Thema.

Im dritten Teil geht der Journalist auf die strategischen und wirtschaftlichen Ziele der Raumfahrnationen und Privatunternehmer und auf die Frage ein, welche politischen und rechtlichen Probleme und Konfliktpotenziale dies birgt. Vieles steht noch in den Sternen, aber eines scheint sicher: Diesmal reist die Menschheit zum Mond, um zu bleiben. ow

KURZ REZENSIIERT

Die Flucht der Tech-Milliardäre in die individuelle Souveränität

So viel steht heute schon fest: Donald Trumps Präsidentschaft hat massive Auswirkungen auf das politische System der amerikanischen Demokratie. Einer seiner Amtsvorgänger, Dwight D. Eisenhower, warnte 1961 von dem „militärisch-industriellen Komplex“. Vor einigen Monaten folgte Joe Bidens alttestamentarisch anmutende Abschiedsrede, in der er vor der Gefahr eines „technologisch-industriellen Komplexes“ unter Führung einer Oligarchie warnte. Nicht ohne Grund: Bei Trumps Amtseinführung waren neben Elon Musk, die Chefs von Amazon, Meta und Microsoft ganz vorne mit dabei. In der FAZ stellte der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller lapidar fest: Ihre „Wette auf Trump ist bisher aufgegangen.“

Einen Einblick in die Denkweisen solcher Tech-Milliardäre gewährt Douglas Rushkoff mit seinem 2022 erschienen und empfehlenswerten Buch „Survival of the richest“, das nun in deutscher Übersetzung vorliegt. Der international bekannte Internet-Experte bezeichnet sich als „marxistischen Medientheoretiker“ und prägte Begriffe wie „Digital Natives“ oder „viral gehen“. Der ehemalige Cyberpunk genießt in der Branche hohes Ansehen. Dies trug ihm die Einladung einer Handvoll Milliardäre ein, die ihn zu einem Vortrag in ihr Luxussort einfliegen ließen. Als Honorar erhielt er ein Drittel seines Jahresverdienstes als Professor. Die klugen Einsichten des Wissenschaftlers über die digitale Zukunft interessierten sie jedoch nicht. Stattdessen ging es um Fragen wie: Welche Region wird am wenigsten unter der kommen-



Douglas Rushkoff:
Survival of the
Richest.
Warum wir vor
den Tech-Milliardären nicht einmal auf dem Mars sicher sind.

Suhrkamp,
Berlin 2025;
282 S., 22,00 €

den Klimakrise leiden? Welche Bedrohung ist größer: der Klimawandel oder der Einsatz biologischer Waffen? Wie lange kann man nach solchen Katastrophen überleben? Oder: Wie lässt sich in einem solchen Fall die Befehlsgewalt über die eigenen bewaffneten Sicherheitskräfte aufrechterhalten?

Laut Rushkoff sind die Tech-Milliardäre besessen von den Zukunftsvisionen eines Elon Musk, der den Mars besiedeln will. Das gilt auch für Peter Thiel, der den Alterungsprozess aufzuhalten versucht, oder für die KI-Entwickler Sam Altman und Ray Kurzweil, die ihre Gehirne in einen Supercomputer hochladen wollen. Statt die Welt zu einem besseren Ort zu machen, wollten die Superreichen „das menschliche Dasein hinter sich lassen“, betont Rushkoff. Mit ihrer „Flucht in die individuelle Souveränität“ würden sie sich ihrer Verantwortung für die Menschheit bewusst entziehen. Fraglich sei jedoch, ob sie mit ihren Visionen zu den Gewinnern der digitalen Ökonomie gehören. Rushkoff empfiehlt an seiner Leser ist glasklar: Glaubt den Tech-Giganten kein Wort, ihre Visionen zielen nur auf den eigenen Profit. manu

Börsenverein des Deutschen Buchhandels

Die aktuell so notwendigen Gegennarrative

Der Band »Zwischen Zeiten und Zeichen« blickt zurück auf die wechselhafte 200-jährige Geschichte des Börsenvereins

Am 30. April 1825 gründen in Leipzig auf Initiative des Nürnberger Kunst- und Buchhändlers Friedrich Campe 93 auswärtige und vier Leipziger Buchhändler den Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. Anliegen des Vereins war zunächst die Vereinfachung des Abrechnungswesens zwischen den Buchhändlern und Verlegern aus ganz Deutschland mit ihren verschiedenen Währungen auf den Buchmessen. Heute firmiert er unter dem Namen Börsenverein des Deutschen Buchhandels mit Sitz in Frankfurt am Main und vertritt mit seinen rund 3.900 Mitgliedern die Interessen der deutschen Verlage, des Zwischenbuchhandels und des Sortimentbuchhandels. Auf der politischen Bühne tritt er für deren Interessen bei Themen wie dem Urheberrecht, dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz, der Buchpreisbindung oder der Mittelstandsförderung ein. Dem breiteren Lesepublikum aber ist der Börsenverein vor allem für sein kulturelles Engagement ein Begriff: Zum einen als Veranstalter der Frankfurter Buchmesse und ideeller Träger der Leipziger Buchmesse. Zudem verleiht er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung, den Deutschen Fotobuchpreis, den Deutschen Buchpreis und den Deutschen Sachbuchpreis.

Von der Restauration bis zur Corona-Pandemie

Anlässlich des 200. Jubiläums des Börsenvereins blickt der leserwerte und reich bebilderte Sammelband »Zwischen Zeichen und Zeiten« aus dem Wallstein-Verlag, der am 28. März auf der Buchmesse in Leipzig erstmals vorgestellt wird, zurück auf die bewegte Geschichte des Börsenvereins sowie des Buchhandels und Verlagswesens in Deutschland insgesamt.

In über 200 kurzen und informativen Essays hangeln sich 69 Autoren entlang der Zeitachse, schreiben über Zensur im Zeitalter der Restauration,



Der Club der Denker: Karikatur von 1819 als Reaktion auf die durch die Karlsbader Beschlüsse eingeführte Zensur.

© picture-alliance/imageBROKER/Heinz-Dieter Falkenstein

Gestapo-Razzien unter den Nationalsozialisten, den Umzug des Börsenvereins von Leipzig nach Frankfurt am Main nach dem Zweiten Weltkrieg und die weitere Entwicklung der beiden Messe-Städte. Sie berichten über den innerdeutschen Buchhandel während des Kalten Kriegs, über Taschenbuchserien amerikanischer Prägung als Revolution auf dem Buchmarkt, über die Auftritte rechter Verlage und Politiker auf den Buchmessen und linke Protestaktionen, über Digitalisierung und Wikipedia, über E-Books von Amazon und der Tolino-Allianz oder über den Buchhandel in Zeiten der Corona-Pandemie, über Bibliothekstantien, Marktanalysen,

Konsum- und Leseverhalten, über Jugendschutz, Frauenbuchhandlungen und schwule Buchhändler. Und mit jedem gelesenen Beitrag wächst die Erkenntnis, dass das geschriebene und gedruckte Wort wirklich alle Bereiche des gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Lebens umfasst.

Trotz der Vielfalt der Themen durchzieht aber ein Anliegen den gesamten Band: Der Einsatz für die Meinungs- und Publikationsfreiheit, »die seit jeher inhärenter Bestandteil der Arbeit des Börsenvereins« gewesen sei, wie der Hauptgeschäftsführer des Börsenvereins Peter Kraus vom Cleff betont. Diesem Anspruch hat sich der Börsenverein nicht zuletzt mit der

2023 gegründeten Stiftung »Freedom of Expression« erneut verschrieben. Eine zentrale Aufgabe der Stiftung ist die Unterstützung der jährlichen »Woche der Meinungsfreiheit« vom 3. bis 10. Mai. Im vergangenen Jahr nahmen mehr als 70 zivilgesellschaftliche Organisationen und Unternehmen, darunter Verlage, Buchhandlungen, Pressehandel, Bibliotheken, Gewerkschaften, Kirchen, Musikszene, Vereine, Verbände und Stadtverwaltungen, in mehr als 90 Veranstaltungen teil.

Angesichts des zunehmenden Einflusses von Rechtspopulisten und Rechtsextremen auf allen politischen Ebenen in den USA, Europa und Deutschland müssten »die aktuell so

notwendigen Gegennarrative« von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten handeln, heißt es im abschließenden Beitrag des Bandes. Und von diesen Narrativen hält »Zwischen Zeichen und Zeiten« eine Menge bereit.

Alexander Weinlein



Christine Haug, Stephanie Jacobs (Hg.): Zwischen Zeichen und Zeiten. Buchhandel und Verlage 1825-2025.

Wallstein, Göttingen 2025; 568 S., 28,00 €

PREISRÄTSEL

Lesen und Gewinnen

Die Antworten auf neun Fragen ergeben das gesuchte Lösungswort. Auf die Gewinner warten spannende Überraschungspakete. Die Antworten zu den Fragen verstecken sich auf den zehn Seiten unserer Sonderbeilage zur Leipziger Buchmesse. Die Redaktion wünscht viel Spaß beim Lesen, Rätseln und Gewinnen.

Die Fragen

1. Welcher Norweger erhielt zuletzt den Literaturnobelpreis? Gesucht wird der dritte Buchstabe des Nachnamens.
2. Welches Projekt initiierte die norwegische Kronprinzessin Mette-Marit. Gesucht wird der elfte Buchstabe.
3. Wen soll US-Präsident Franklin D. Roosevelt als »unseren Schweinhund« bezeichnen? Gesucht wird der erste Buchstabe des Vornamens.
4. Welche belarussische Schriftstellerin erhielt den Literaturnobelpreis? Gesucht wird der zweite Buchstabe des Vornamens.
5. Wer verfasste die Schrift »Essay on the principle of population«.

Gesucht wird der zweite Buchstabe des Nachnamens.

6. Aus welcher Stadt stammt Friedrich Merz? Gesucht wird der letzte Buchstabe.

7. Wer war der letzte Mensch auf dem Mond. Gesucht ist der dritte Buchstabe des Vornamens.

8. Wessen Selbstmord bei Ende des Zweiten Weltkriegs gilt als umstritten. Gesucht wird der sechste Buchstabe des Nachnamens.

9. Wer wurde bekannt mit seinen Publikationen über die Hamas? Gesucht wird der zweite Buchstabe des Nachnamens.

Einsendung der Lösung

Das Lösungswort und Ihre Kontaktdaten senden Sie bitte bis zum 22. April unter dem Stichwort »Buchmessen-Rätsel« an: Redaktion »Das Parlament« Platz der Republik 1 11011 Berlin oder per Mail an: redaktion@das-parlament.de

Barauszahlungen sind nicht möglich. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. DP

Philippinen: Ehrengast auf der Frankfurter Buchmesse

»Fantasie beseelt die Luft«

Die Philippinen präsentieren sich erstmalig auch auf der Leipziger Buchmesse

Die Philippinen sind in diesem Jahr erstmalig mit einem eigenen Stand auf der Leipziger Buchmesse vertreten. Der südostasiatische Inselstaat präsentiert sich mit sieben philippinischen Autoren, drei Übersetzern und 150 Buchtiteln. Neben Belletristik stehen Sachbücher sowie Graphic Novels und Comics im Vordergrund. Themen der Werke sind unter anderem Klimawandel, Kolonialismus, Globalisierung und soziale Ungleichheiten

Der Auftritt in Leipzig gilt als Vorlauf für die Frankfurter Buchmesse vom 15. bis 19. Oktober dieses Jahres, an der die Philippinen als Ehrengast teilnehmen werden. »Die Leipziger Buchmesse 2025 markiert einen weiteren Meilenstein für die philippinische Literatur – hier finden unsere Geschichten neue Stimmen, eine neue Leserschaft und einen Platz in der lebendigen Literaturlandschaft Deutschlands«, sagt Karina Bolasco, Leiterin des philippinischen Literaturprogramms auf der Frankfurter Buchmesse.

Das Motto des Ehrengast-Auftritts »Die Fantasie beseelt die Luft« stammt aus dem Epos »Noli Me Tangere« (Rühre mich nicht an) des Schriftstellers und Arztes José Rizal (1861-1896) über die Willkür des spanischen Kolonialregimes. Es ist zu-



Wandgemälde in Manila zu Ehren des Nationalhelden José Rizal. © picture-alliance/Zumapress

dem eng mit Deutschland verbunden: Rizal verfasste das Buch nach seinem Medizinstudium in Madrid während seiner Fachausbildung an der Universitätsaugenklinik in Heidelberg. Das Buch wurde 1887 in Berlin gedruckt. Rizal wird auf den Philippinen bis heute als Nationalheld verehrt. Jedes Jahr am 30. Dezember (Rizal Day) wird seiner Hinrichtung im Jahr 1896 durch die spanische Kolonialregierung offiziell gedacht.

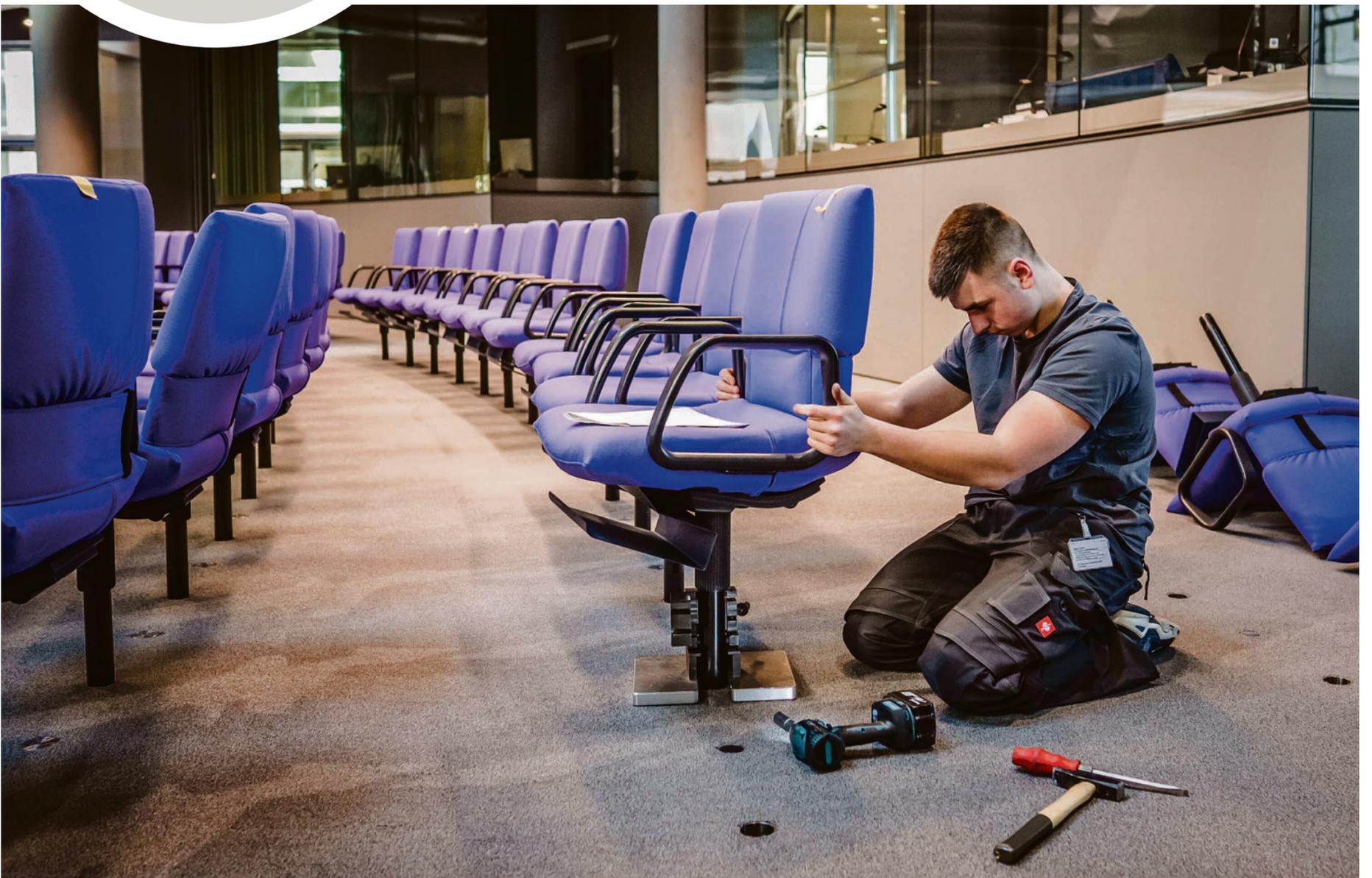
In Frankfurt wollen sich die Philippinen mit einem 2.000 Quadratmeter großen Pavillon präsentieren. Rund 70 Kulturschaffende des Landes werden anreisen. »Wir haben eine einmalige Mischung von Kulturen aus indigenen, südostasiatischen, spanisch-kolonialen und US-amerikanischen Einflüssen«, führt Bolasco an. Auf den Philippinen würden 135 Sprachen gesprochen. In der Vergangenheit sei im Verlagswesen vor allem Englisch dominant gewesen, seit den 1990er Jahren werde Literatur vermehrt in der zentralphilippinischen Sprache Tagalog veröffentlicht.

aw

**leicht
erklärt!**

Der neue Bundes-Tag startet

1. Treffen nächste Woche



Worum geht es?

Im Februar haben wir einen neuen Bundes-Tag gewählt.

Im Bundes-Tag sitzen Politiker von verschiedenen Parteien.

Parteien sind Gruppen von Politikern mit den gleichen Zielen.



Nächste Woche passiert nun das:
Der neue Bundes-Tag trifft sich zum 1. Mal.

Wenn sich die Politiker im Bundes-Tag treffen, nennt man das so:
Sitzung.



Die 1. Sitzung von einem neuen Bundes-Tag hat bestimmte Regeln.

Diese Fragen werden im Text beantwortet:

- Was macht der Bundes-Tag?
- Wer ist im neuen Bundes-Tag?
- Wie sind die Regeln für das 1. Treffen?
- Wie geht es dann weiter?

Was macht der Bundes-Tag?

Im Bundes-Tag sitzen Politiker.
Sie werden von den Bürgern in Deutschland gewählt.

Das passiert normal 1 Mal in 4 Jahren.

Dieses Jahr ging es etwas schneller.

Das war der Grund:

Die alte Regierung hat sich gestritten.

Man nennt Politiker im Bundes-Tag oft auch so:

Abgeordnete.

Diese Politiker entscheiden wichtige Dinge für Deutschland.

Zum Beispiel machen sie das:

- Sie machen neue Gesetze.
- Sie verändern alte Gesetze.
- Sie passen auf, dass die Bundes-Regierung gut arbeitet.
- Sie stimmen darüber ab, wie viel Geld für Dinge ausgegeben wird.
- Sie reden in Arbeits-Gruppen über wichtige Themen.
- Sie wählen den Bundes-Kanzler.



Wer ist im neuen Bundes-Tag?

Im neuen Bundes-Tag sind andere Politiker als im alten Bundes-Tag.

Viele Politiker waren aber auch vorher schon dabei.

Welche Politiker im Bundes-Tag sitzen, wurde damit entschieden:

Mit den Stimmen von den Bürgern bei der Wahl.

Die Parteien FDP und BSW dürfen nicht mehr im neuen Bundes-Tag mitmachen.

Sie haben zu wenige Stimmen bekommen.

Im neuen Bundes-Tag sind so viele Politiker von den Parteien dabei:

- 208 von der CDU und der CSU
- 152 von der AfD
- 120 von der SPD
- 85 von den Grünen
- 64 von den Linken
- 1 wegen einer Extra-Regel von der Partei SSW für Dänen in Deutschland

Das sind 630 Politiker.

Davon sind 426 Männer.

Und nur 204 sind Frauen.

32 Politiker sind jünger als 30 Jahre alt.

30 Politiker sind 65 Jahre alt oder älter.

Wie sind die Regeln für das 1. Treffen?

Es gibt eine Regel, wann sich der neue Bundes-Tag treffen muss:

Spätestens 30 Tage nach der Wahl.

Dieser Tag ist nächste Woche am Dienstag.

Und genau da soll sich der neue Bundes-Tag auch das 1. Mal treffen.

Dabei passieren einige besondere Sachen:



1. Rede eines sehr erfahrenen Politikers

Los geht es beim 1. Treffen vom neuen Bundes-Tag mit einer Rede.

Die darf der Politiker halten, der schon am längsten zum Bundes-Tag gehört.

Das ist dieses Mal ein Politiker von der Linken-Partei.

Er heißt so:

Gregor Gysi (man spricht das so: Gisi)

Er darf also diese Rede halten.

Er kann aber auch sagen:

Ich möchte das nicht.

Dann darf der Politiker mit der 2. meisten Erfahrung die Rede halten.

Aber Gregor Gysi hat schon gesagt:

Ich möchte diese Rede halten.

Für diese Rede gibt es eine Regel:

Der Politiker darf selbst entscheiden, wie lange die Rede dauert.

Er kann also nur wenige Worte sagen.

Er kann aber auch das:

Viele Stunden weiter seine Rede halten.



2. Abstimmung über die Regeln im Bundes-Tag

Außerdem wird über die Regeln im neuen Bundes-Tag abgestimmt.

Darin wird zum Beispiel das bestimmt:

- Wie lange dürfen andere Politiker im Bundes-Tag eine Rede halten?





- Wie wird der Bundes-Kanzler gewählt?
- Wie viele Politiker von welchen Parteien dürfen in die Arbeits-Gruppen?
- Welche Strafen können Politiker bekommen, die sich nicht an die Regeln halten?

3. Wahl eines Präsidenten für den Bundes-Tag

Der Bundes-Tag hat auch eine Präsidentin oder einen Präsidenten.

Das sind Aufgaben vom Präsidenten:

- Die richtige Reihen-Folge von Themen im Bundes-Tag einhalten.
- Aufpassen, dass die Politiker sich an die Regeln halten.
- Politiker bestrafen, die gegen Regeln verstoßen.

Die Partei mit den meisten Politikern im Bundes-Tag darf einen Präsidenten vorschlagen.

Das ist dieses Mal die Partei CDU.



Sie will eine neue Präsidentin für den Bundes-Tag vorschlagen.

So heißt sie:

Julia Klöckner.

Der neue Bundes-Tag muss aber noch abstimmen und entscheiden:

Soll sie die neue Präsidentin vom Bundes-Tag werden?

Außerdem werden noch Vertreter für sie gewählt.

Das ist der Grund:

Der Bundes-Tag soll sich auch treffen können, wenn die Präsidentin nicht kann.

4. Wahl von anderen wichtigen Politikern

Damit im Bundes-Tag alles immer klappt, müssen noch mehr Politiker gewählt werden.

Das ist ihre Aufgabe:

Sie sollen der Präsidentin im Bundes-Tag und ihren Vertretern helfen.

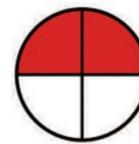
Zum Beispiel machen sie das:
Immer alles mitschreiben, was im Bundes-Tag entschieden wird.

Wie geht es dann weiter?

Der Bundes-Tag kann nach dem 1. Treffen mit seiner Arbeit beginnen.

Es gibt aber noch keine neue Bundes-Regierung.

Dafür muss das passieren:



Parteien müssen zusammen-arbeiten, die mehr als die Hälfte der Stimmen im Bundes-Tag haben.

Im alten Bundes-Tag waren das die Parteien SPD, Grüne und FDP.

Wer wird dieses Mal die neue Bundes-Regierung?

Welche Parteien dieses Mal regieren, ist noch nicht entschieden.

Die Parteien CDU, CSU und SPD wollen aber die neue Regierung werden.

Dafür haben sie schon über gemeinsame Ziele gesprochen.

Zum Beispiel wollen sie das:



- Die Bundes-Wehr soll besser werden.
- Die Regeln für Menschen auf der Flucht, die nach Deutschland kommen wollen, sollen strenger werden.
- Viele Bürger sollen weniger Steuern zahlen.
- Strom soll billiger werden.

Das sind aber nur Ideen.

Jetzt sprechen Politiker von diesen 3 Parteien darüber:

Wie wollen wir das genauer machen?

Und wie genau wollen wir dafür zusammen-arbeiten?



Wenn am Ende alle Parteien zufrieden sind, dann kann das passieren:

Sie können die neue Bundes-Regierung werden.

Wie wird der neue Kanzler gewählt?

Dann kann später auch ein neuer Bundes-Kanzler gewählt werden.



Das geht dann so:

Die 3 Parteien schlagen eine Person vor.

Der Bundes-Tag stimmt dann darüber ab: Soll diese Person Bundes-Kanzler werden?

Wenn CDU, CSU und SPD die neue Regierung werden, passiert wahrscheinlich das:

Friedrich Merz wird als neuer Bundes-Kanzler vorgeschlagen.

Er ist der Chef von der Partei CDU.

Die 3 Parteien haben dieses Ziel: Noch vor Ostern die neue Regierung werden.

Sicher ist das aber noch nicht.

Kurz zusammengefasst



Nächste Woche ist für den Bundes-Tag eine besondere Woche.

Das ist der Grund dafür:

Der neue Bundes-Tag trifft sich zum 1. Mal.

Im Februar haben wir mit der Wahl entschieden:

Diese Parteien und Politiker sind im neuen Bundes-Tag.

Für das 1. Treffen gibt es besondere Regeln.

Diese Dinge müssen erledigt werden:

- Ein sehr erfahrener Politiker hält eine Rede.
- Es wird über die Regeln vom Bundes-Tag abgestimmt.
- Der Präsident oder die Präsidentin vom Bundes-Tag wird gewählt.

- Die Vertretung und andere wichtige Politiker im Bundes-Tag werden gewählt.

Diese beiden Dinge gibt es dann noch nicht:

- Eine neue Bundes-Regierung
- Einen neuen Bundes-Kanzler

Dafür muss noch das passieren:

Mehrere Parteien müssen entscheiden, dass sie zusammen-arbeiten wollen.

Dafür gibt es Gespräche zwischen diesen 3 Parteien:

CDU, CSU und SPD.

Sie wollen zusammen die neue Bundes-Regierung werden.

Wenn das klappt, dann passiert wahrscheinlich das:

Die Parteien schlagen Friedrich Merz als neuen Bundes-Kanzler vor.

Er ist der Chef von der CDU.

Der Bundes-Tag kann dann darüber abstimmen.

Aber das ist noch nicht sicher.

Und das passiert auch nicht beim 1. Treffen.



Das ist das Ziel der 3 Parteien:

Bis Ostern soll es eine neue Bundes-Regierung geben.

Doch auch vorher fängt der neue Bundes-Tag schon mit seiner Arbeit an.

Das 1. Treffen soll dann stattfinden: nächste Woche Dienstag.

Man kann auch im Fernsehen dabei zuschauen.



Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de

Kontakt: Alexander Gies, info@nachrichtenwerk.de

Redaktion: Annika Klüh, Daniel Krenzer, Victoria Tucker.

Titelbild: © picture alliance/dpa/photothek.de. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 13/2025

Die nächste Ausgabe erscheint am 29. März 2025.